

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 274

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 1. November 1937.

---

## Fast 100.000 Besucher im Lainzer Wasserschloss.

Das grosse Interesse, das sich bei der Bevölkerung für den Bau des Riesenwasserspeichers im Lainzer Tiergarten kundgibt, hält weiter unvermindert an. An den ersten zwei Besichtigungstagen wurden, wie bereits gemeldet, 36.000 Besucher gezählt. Dieser Massenzustrom hat in der vergangenen Woche weiter angehalten. Von Montag bis einschliesslich Freitag erschienen insgesamt 4.000 Besucher. Es waren dies vor allem Schulkinder mit ihren Lehrpersonen, dann Aerzte, Ingenieure, Polizei- und Wachebeamte, Lehrerorganisationen, die Bezirkssachwalter der Inneren Stadt und Heeresangehörige, die unter sachkundiger Führung das neue Wasserschloss besichtigten. Am letzten Samstag fanden sich 6.000, gestern, Sonntag, nicht weniger als 32.000 und heute, Allerheiligen, trotz Friedhofsbesuch und der ungünstigen Witterung 18.000 Besucher ein, so dass bis einschliesslich heute, Montag, rund 96.000 Personen durch die mächtigen Bauanlagen des neuen Riesenwerkes geführt wurden.

-----

## Stärkster Strassenbahn-Allerheiligenverkehr klaglos bewältigt.

Dank den umfassenden Massnahmen der Strassenbahn-Direktion wurde der Allerheiligenverkehr, der stärker war als der vorjährige, klaglos bewältigt. Infolge des schönen Wetters in der Vorwoche setzte der Friedhofsbesuch schon von Mitte der Woche an ein. Gestern, Sonntag, waren alle Wiener Friedhöfe, vor allem der Zentralfriedhof, sehr stark besucht. Der heutige Tag brachte, trotzdem das Wetter schlechter war, einen noch stärkeren Verkehr, der erst in den späten Abendstunden abflaute.

Im Kurzstreckenverkehr konnte die Strassenbahn am letzten Samstag wieder einen Rekord verzeichnen. Infolge des Besuches der Bezirksfriedhöfe durch die Bewohner der Umgebung wurden am Samstag nicht weniger als 457.183 Zehngroschenfahrer gezählt, die höchste Tagesfrequenz, die bisher zu verzeichnen war.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 275

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 2. November 1937.

Sehr geehrte Redaktion!

Wir bitten Sie recht sehr, nachstehende Notiz möglichst ungekürzt in der morgigen Nummer Ihres geschätzten Blattes veröffentlichen zu wollen.

Bestens dankend und stets zu Gegendiensten bereit

F. X. Friedrich

\*

## Der Rout zugunsten der Josefstische.

Zugunsten der unter Führung der Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, stehenden Aktion "St. Josefstisch für die Aermsten der Armen" findet am Samstag, den 20. November, in allen Festsälen und in der Volkshalle des Rathauses ein Rout statt, für den sich bereits das grösste Interesse kundgibt. In der festlich geschmückten Volkshalle werden beliebte Künstler und Künstlerinnen ein reichhaltiges künstlerisches Programm bestreiten, die Jugend wird im Festsaal reichliche Gelegenheit zum Tanz finden, überall werden bekannte Musikkapellen konzertieren. Den Festgästen wird nicht nur ein einzigartiger künstlerischer Abend geboten werden, auch für Speise und Trank wird bestens vorgesorgt sein.

Die Einladungen zu dem vielversprechenden Fest, an dem auch die Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps teilnehmen werden, ergehen in den allernächsten Tagen. Auf Grund der Einladungen können dann die Eintrittskarten für den Rout im Präsidialbüro der Stadt Wien im Rathaus an allen Werktagen von 8 Uhr bis 18 Uhr behoben werden. Wer die Zustellung der Eintrittskarten wünscht, kann diese mit der Bestellkarte, die der Einladung beiliegt, oder formmündlich bei der Nummer A 28-500, Klappe 035, bestellen.

Mit Rücksicht auf den zu erwartenden Andrang ist es geboten, sich sofort nach Erhalt der Einladung die Eintrittskarten zu besorgen.

.....

## Die Lebensmittelzufuhren auf den Wiener Märkten.

Nach dem Bericht der städtischen Marktamtsdirektion betrug die Zufuhren auf den Wiener Märkten in der letzten Marktwoche an Grünwaren 23.262 Zentner, um 49 Zentner weniger als in der Vorwoche, an Kartoffeln 10.057 Zentner, um 682 Zentner mehr als in der Vorwoche, an Obst 14.451 Zentner, um 597 Zentner mehr als in der Vorwoche, an Agrumen 160 Zentner, um 25 Zentner weniger als in der Vorwoche, an Pilzen 52 Zentner, um 36 Zentner weniger als in der Vorwoche, an Butter 230 Zentner, um 7 Zentner mehr als in der Vorwoche, und an Eiern 814.000 Stück, um 17.000 Stück weniger als in der Vorwoche.

Auf dem Rinderhauptmarkt war ein starkes Angebot vorwiegend in Rindern minderer Qualität, das Geschäft auf dem Schweinehauptmarkt wickelte sich ruhig ab. Die Abteilung für Fleischwaren in der Grossmarkthalle wurde mit insgesamt 45'2 Tonnen Fleisch beliefert, um 23'8 Tonnen weniger als in der Vorwoche.

Auf dem Zentralfischmarkt langten in der letzten Marktwoche insgesamt 73.481 Kilogramm Fische ein, davon rund 41.200 Kilogramm niederösterreichische und steirische Karpfen.

.....

Samstag

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 276  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 4. November 1937.

## Die Feiertagsfrage des 15. November.

In der letzten Zeit ist in der Oeffentlichkeit mehrfach die Feiertagsfrage des 15. November erörtert worden. Wie hiezu die "Rathauskorrespondenz" erfährt, handelt es sich bei einer allfälligen Erklärung des 15. November zu einem Feiertag, auf den die gewerblichen und arbeitsrechtlichen Vorschriften über die Sonn- und Feiertagsruhe anzuwenden sind, um eine Angelegenheit der Bundesgesetzgebung, weil nach den Kompetenzbestimmungen der Verfassung diese Vorschriften nur im Wege der Bundesgesetzgebung erlassen werden können. Daher hätte auch die Erklärung des 15. November zu einem Wiener Landesfeiertag, so wie dies die neue Landesverfassung von Niederösterreich für dieses Land bestimmt hat, auf die Frage der gewerblichen und arbeitsrechtlichen Feiertagsruhe an diesem Tage keinen unmittelbaren Einfluss.

Im Konkordat ist die Frage der Festtage der Landespatrone überhaupt nicht behandelt.

.....

## Die Hofräte Voltelini und Zeska-Träger des Ehrenringes der Stadt Wien.

Bürgermeister Richard Schmitz hat dem Hofrat Universitätsprofessor Dr. Hans (von) Voltelini anlässlich seines 75. Geburtstages in Würdigung seiner Verdienste um die Wissenschaft des deutschen Rechtes im allgemeinen sowie um die Erforschung der Geschichte Wiens im besonderen und dem Hofburgschauspieler Hofrat Carl (von) Zeska ebenfalls anlässlich seines 75. Geburtstages in Würdigung seiner viele Dezennien umspannenden künstlerischen Wirksamkeit am Burgtheater und in Anerkennung seiner mannigfachen Verdienste um das Kunstleben Wiens den Ehrenring der Stadt Wien verliehen.

Die Ueberreichung des Ehrenringes an die beiden Ausgezeichneten fand heute nachmittag im Rathaus in Anwesenheit der Vizobürgermeister Lahr und Waldsam, des Magistratsdirektors Dr. Hlossmanseder, des in Vertretung des Unterrichtsministers erschienenen Ministerialrates Dr. Eckmann, der Familienangehörigen und vieler Vertreter von Kunst und Wissenschaft statt. Der Bürgermeister richtete an die beiden Ausgezeichneten eine herzliche Ansprache, in der er ihre Verdienste um Namen, Ehre und Ansehen der Stadt Wien würdigte und ihnen die aufrichtigsten Glückwünsche aussprach. Nach Ueberreichung des Ringes dankten Hofrat Voltelini und Hofrat Zeska in bewegten Worten für die hohe Ehrung.

## Ueberreichung bundesstaatlicher Auszeichnungen.

Ferner überreichte Bürgermeister Schmitz dem Senatspräsidenten des Obersten Gerichtshofes i. R. und Mitglied der Rechtshilfestelle der Stadt Wien für Bedürftige Dr. Matthias Bernegger das Komturkreuz, den Senatsräten Dr. Karl Asperger, Ing. Josef Bittner, Ing. Richard Künstner und Mauritius Stolle work sowie dem Werksdirektor der städtischen Gaswerke i. R. Ing. Franz Bössner das Offizierskreuz, dem Obermagistratsrat Dr. Edmund Mayer das Ritterkreuz I. Klasse, dem Stadtbaurat Ing. Oskar Mermon das Ritterkreuz des österreichischen Verdienstordens, dem Rechnungsrat Johann Guscholbauer und dem Inspektor Edmund Daniek das österreichische goldene Verdienstzeichen und schliesslich dem Bauwerksmeister Leopold Schimpl die österreichische goldene Verdienstmedaille. Hiezu hatten sich die Vizobürgermeister Lahr und Waldsam, Magistratsdirektor Dr. Hlossmanseder, Obersenatsrat Dr. Maly, Stadtbau- direktor Dr. Ing. Musil, Senatsrat Dr. Loppa, Generaldirektor a. D. Ing. Menzel, Gaswerksdirektor Ing. Güntner und die Familienangehörigen der Ausgezeichneten eingefunden.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

277

Wien, am 5. November 1937.

## Neuer Römerfund beim Fronthausbau.

Auf dem Gelände des Baues des Fronthauses wurde neuerlich ein Fund aus römischer Zeit gemacht. Es handelt sich diesmal nicht um einen Sarkophag, sondern um ein Grab, in dem die Asche eines nach Feuerbestattung beerdigten Toten beigesetzt war.

In einiger Entfernung von dem seinerzeitigen Steinsarge wurde 2'40 Meter unter dem Strassenniveau ein aus sechs grossen, römischen Dachziegeln zusammengesetzter Würfel mit einer lichten Weite von 44 Zentimetern ausgegraben. In seinem Innern befanden sich Reste der verbrannten menschlichen Knochen, eine gut erhaltene Lampe aus Ton mit einem Brandloch und einem ringförmigen Handgriff, sowie ein sehr vom Roste mitgenommenes Eisenstück, eine ehemalige Lanzenspitze.

Der obere Ziegel, der als Deckel dieser Kiste aufgelegt war, war durch den Erddruck eingebrochen; das Innere des Würfels war daher gänzlich mit Erde angefüllt. Die Ziegel tragen die Stempel der X. Legion, die in Wien beheimatet war.

Die fachgemässe Hebung des Fundes und den Abtransport in das Römische Museum der Stadt Wien leitete Rat der Städtischen Sammlungen Dr. Wanschura.

.....

## Besuch des Bundespräsidenten im Lainzer Wasserbehälter.

Bundespräsident Miklas und Frau besichtigten heute den Riesenspeicher im Lainzer Tiergarten. Zu ihrer Begrüssung hatten sich Bürgermeister Schmitz mit Frau und Tochter, Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil, Senatsrat Ing. Machek, Oberbaurat Dr. Ing. Tillmann und die mit der Bauaufsicht betrauten städtischen Beamten sowie Bezirkshauptmann Dr. Cischini eingefunden. Nach dem Lichtbildervortrag unternahm der Bundespräsident **unter Führung des Bürgermeisters** und der Bauleitungsorgane einen Rundgang durch die Bauanlagen, wobei er sich wiederholt in äusserst anerkennenden Worten über die gigantische Grösse des neuen Werkes, die Leistungen der Technik und über die Bedeutung des Riesenbaues für die Arbeitsbeschaffung aussprach und den Bürgermeister zu dieser grossen Leistung der Stadtverwaltung beglückwünschte. Die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft sprachen dem Bundespräsidenten den Dank für den ehrenvollen Besuch und dem Bürgermeister den Dank für die Arbeitsbeschaffung aus.

.....

## Mietzinszuschüsse der Stadt Wien.

Der Wiener Magistrat hat im Oktober an 155 Parteien in 23 Häusern Mietzinszuschüsse im Monatsbetrage von 2.996 Schilling bewilligt, die auf die Dauer der Bewilligung insgesamt 15.980 Schilling ausmachen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

278

Zweite Ausgabe

Wien, am 5. November 1937

---

## Keine Verkäufe aus der Städtischen Waffensammlung.

Die Essener National-Zeitung vom 3. d. behauptet, erfahren zu haben, dass beabsichtigt sei, wichtige Teile der Waffensammlung der Stadt Wien zu veräußern. Die Direktion der Städtischen Sammlungen stellt hierzu fest, dass diese Nachricht frei erfunden, daher vollständig unwahr ist.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

279

Wien, am 6. November 1937

## Die Absiedlung von Bretteldorf.

In einer heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters abgehaltenen Pressekonferenz der Wiener Kommunalredakteure führte Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil über die Absiedlung von Bretteldorf aus:

"Die Stadt Wien hat vom Stift Klosterneuburg das Bretteldorf im Jahre 1935 käuflich erworben. Leitgedanke dabei war, den unregelmäßig und auf die Dauer völlig unhaltbaren Zuständen ein Ende zu setzen.

Auf dem Bretteldorf hat sich bekanntlich eine unregelmäßige (wilde) Siedlung entwickelt. Das Gebiet ist in gar keiner Weise reguliert, hat tiefliegende Teile, die dem aufsteigenden Grundwasser ausgesetzt sind, und ist ständig der Gefahr einer völligen Ueberschwemmung bei Dammbruch ausgesetzt. Erfahrene Fachleute sind daher überzeugt, dass dieses Gebiet im gegenwärtigen Zustand als Bauland unbrauchbar ist. Ziel der Stadtregulierung ist es demnach, dieses Gelände auf eine solche Höhe anzuschütten, dass es in späterer Zeit völlig grundwasser- und hochwasserfrei liegen wird. Erst dann wird es einer endgültigen Verwendung zugeführt werden können.

Nun handelt es sich bei der Aufschüttung dieses Geländes um Schüttungsmengen, die in gar keiner anderen Art wirtschaftlich beschafft werden können als durch Kehricht. Braucht man doch dafür nicht weniger als sechs Millionen Kubikmeter. Ein anderes Anschüttungsmaterial als Kehricht in diesen Riesenmengen in wirtschaftlicher Art zu erlangen, ist völlig unmöglich.

Lediglich aus diesen Gründen und sachlichen Gründen wurde schon vor dreissig Jahren mit der Anschüttung am linken Donau-Ufer begonnen. Schon ist der sogenannte Bruckhaufen, der früher ähnlich aussah wie heute das sogenannte Bretteldorf, aufgefüllt. Dort ist bereits jene Höhe erreicht, die die Errichtung von kleinen, hochwasserfreien Häusern gestattet. Daher können die Siedlungshäuser am Bruckhaufen als Dauerbestand behandelt werden.

Den ganz gleichen Erwägungen einer gewissenhaften Vorsorge für die Zukunft Wiens entsprang die Erwerbung des sogenannten Bretteldorf, dessen Aufschüttung nach dem Vorbilde des Bruckhaufens dient.

Um nun die Aufhöhung des tief liegenden Bretteldorfes mit Kehricht bewirken zu können, ist die schrittweise Beseitigung der wilden Siedlungen in diesem Gebiete erforderlich. Diese Absiedlung wird seit zweieinhalb Jahren durchwegs im Einvernehmen mit den Siedlern von der den Siedlungsbestrebungen durchaus freundlich gegenüberstehenden Stadtverwaltung in einer Weise durchgeführt, die die Interessen der Betroffenen äusserst entgegenkommend zu schonen trachtet.

Bisher wurden rund 100 Siedlerfamilien abgesiedelt und hierfür mehr als 400.000 Schilling aus Steuermitteln aufgewendet. In allen diesen Fällen lagen unbefugte Bauführungen vor. Die Baubehörde hätte daher die Demolierung ohne jede Entschädigung erreichen können. In allen diesen Fällen waren die Siedler zu einem gütlichen Einvernehmen bereit und ermöglichten der Stadtverwaltung ein weitgehendes Entgegenkommen. Die Stadtverwaltung hat daher nicht gezögert, jeder einzelnen Familie, die es wünschte, die Fortsetzung ihrer Existenz an einer anderen Siedlungsstelle zu ermöglichen und zu erleichtern.

Im Zeitpunkte der Uebernahme des Geländes in das Eigentum der Stadt wurde allen Siedlern nochmals ausdrücklich in Erinnerung gerufen, dass die Stadt wohl bereit sei, die bestehenden, unbefugt errichteten

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

279

II. Blatt

Wien, am .....

Baulichkeiten solange, bis die fortschreitende Anschüttung die Beseitigung erheischt, zu dulden, unter keinen Umständen jedoch die Hinzufügung weiterer Baulichkeiten, sei es durch Neuaufbau oder Vergrößerung des vorhandenen Bestandes. Bedauerlicherweise wurde diese wiederholt und eindringliche gegebene Warnung von einzelnen Siedlern in herausfordernder Weise missachtet; so kam es zwangsläufig, dass mit Baueinstellungen und den im Gesetze vorgesehenen Strafen bis zur Demolierung gegenüber solchen hartnäckigen und unbolchbaren Gesetzesbrechern vorgegangen werden musste.

Zwei solche Demolierungen wurden nun Freitag durchgeführt, zwei Demolierungen werden noch heute folgen, weil die Siedler Lukas und Hofstätter trotz aller Bemühungen der Behörden zu keinerlei Einlenken zu haben waren.

Die Behörden sind verpflichtet und jedes ihrer Organe ist darauf verpflichtet, dem Gesetze und damit der Gerechtigkeit gegen Gesetzesbrecher Geltung zu verschaffen. Dies mag Unbeteiligten in manchen Fällen hart erscheinen, doch muss man berücksichtigen, dass die andauernde Duldung der privaten Willkür zur Ausbreitung anarchistischer Tendenzen führen müsste und jeder sich ermächtigt fühlen würde, zu tun, was er will, und nicht <sup>nur</sup> über das Interesse der Gesamtheit zum Schaden der übrigen Bevölkerung sich hinwegzusetzen, sondern auch wie wir es in der ersten autoritätslosen Zeit nach dem Zusammenbruch erleben mussten - über die Rechte seiner Nachbarn.

Welche Mittel zum Kampfe gegen die Stadtverwaltung in der Bretteldorfer Angelegenheit angewendet werden, lässt schon die Tatsache ahnen, dass in einem schwebenden Prozesse versucht wird, durch öffentliche Agitationen das Gericht zu beeinflussen. So wurde von interessierter Seite das Gutachten der vom Gerichte in einem Kündigungsprozesse gegen Bretteldorfer Siedler bestellten Sachverständigen der Öffentlichkeit übergeben, bevor noch der andere Prozessteil, die Stadtverwaltung, sich äussern konnte, und auf Grund dieser Veröffentlichung neue Unruhe planmässig gerührt. Daher ist nun die Stadtverwaltung gezwungen, öffentlich zu antworten.

Bedauerlicherweise haben die Sachverständigen in Verkennung und Überschreitung der ihnen gestellten Frage ein Gutachten abgegeben, das mangelhaft und irreführend ist und losgelöst von der Berücksichtigung wirtschaftlicher Auswirkungen erstellt wurde. Würde man nämlich dem Vorschlag der Sachverständigen folgen und die Anschüttung nicht mit Kohricht, sondern mit Donauschotter vornehmen, so müssten diese phantastischen Mehrkosten auf die Bevölkerung im Wege einer neuen Besteuerung abgelastet werden.

Von diesen Kosten kann sich jedermann leicht eine Vorstellung machen, wenn er sich die zuvor erwähnte Menge von 6 Millionen Kubikmeter Anschüttungsmaterial vor Augen hält, die hier erforderlich sind. Um diese Riesemenge Kohricht aufzubringen, sind nicht weniger als dreissig bis vierzig Jahre erforderlich, nicht aber bloss zehn Jahre, wie die Sachverständigen behaupten.

Während sich die Gutachter über wirtschaftliche Überlegungen völlig hinwegsetzen, vergessen sie ganz der gegebenen Rechtslage gerecht zu werden, dass es sich um unbefugte und gegen das Gesetz errichtete Bauten handelt. Sie stellen sich dadurch in Widerspruch mit allen bisherigen ruhigen Beurteilern dieser Angelegenheit.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

279  
Wien, am.....

Wenn in den Tagesblättern angeblich ein menschliches Vorgehen der Behörden vermisst wird, so kann nur nochmals wiederholt werden, dass für die bisherigen rund 100 freiwillig abgesiedelten Familien mehr als 400.000 Schilling aus Steuermitteln aufgewendet wurden, dies ohne jede rechtliche Verpflichtung der Stadt Wien. In allen diesen Fällen sind die abgesiedelten Familien unter weitgehender Berücksichtigung ihrer individuellen Wünsche aus einer Atmosphäre der Unruhe und Sorge um ihre künftige Existenz in einen Zustand gesicherter Zukunft versetzt worden, und es mögen doch jene, die fortgesetzt gegen die Massnahmen der Stadt Wien hetzen, beispielsweise die abgesiedelten Familien in der Karl Hoffmangasse im 21. Bezirk aufsuchen und sich überzeugen, dass diesen Menschen schmucke Einfamilienhäuser im Werte von je 8.600 Schilling von der Stadt ins gesicherte freie Eigentum übergeben wurden. Dabei betragen die von den Siedlern bisher erwirtschafteten Ersparnisse in der Regel bloss zwei Drittel des Bauwertes dieser neuen Häuser. Das Entgegenkommen der Stadt Wien geht also so weit, dass sie nicht nur den gesamten Wert des unbefugt errichteten und abzutragenden Objektes anrechnet, sondern sogar noch ein Darlehen mit bloss zwei Prozent Verzinsung langfristig für den Rest der Baukosten des neuen Hauses zur Verfügung stellt."

Im Laufe einer eingehenden Wechselrede beantwortete der Bürgermeister zahlreiche an ihn in dieser Angelegenheit gestellte Anfragen und erklärte schliesslich, dass die Stadtverwaltung ganz ausnahmsweise und ohne jedes Präjudiz in den drei Fällen, in denen es zur Demolierung von Wohnräumen gekommen ist, zu einem letztmaligen Entgegenkommen bereit sein würde. Sollten nämlich die drei Inhaber der zur Demolierung gebrachten Hütten, die ja durch ihre eigene Schuld obdachlos geworden sind, etwa Gesuche an das Rathaus richten, so wäre der Bürgermeister bereit, diese entgegenzunehmen. Sofern diese Gesuche auf die Erlangung einer Wohnung im Wege des städtischen Wohnungsamtes abzielen, werden sie in die Liste der dringlichen Fälle eingereiht werden. Wenn hingegen die Ermöglichung einer Siedlung an anderer Stelle angestrebt und daher um eine gnadenweise Zuwendung angesucht wird, die ungefähr dem Werte des zur Demolierung gebrachten Objektes entspricht, so würden diese Fälle so behandelt werden, als ob sie unter die normale Umsiedlung des Jahresstreifens gefallen wären. Es muss jedoch neuerlich daran erinnert werden, dass es sich hierbei nur um ein ausnahmsweises und letztmalig gewährtes Entgegenkommen handeln kann und dass niemand, der dem schlechten Beispiele folgen würde, auf ein solches Entgegenkommen mehr rechnen darf.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

279

IV. Blatt

Wien, am.....

## Die Stadt Wien schafft Wohnraum.

Die Stadt Wien feierte heute wiederum ein Fest der Arbeit, nämlich die Hauptgleichenfeier bei zwei städtischen Wohnhausbauten, die mit Hilfe des Kleinwohnungsbauförderungsgesetzes aufgeführt werden. Der eine Bau befindet sich in der Diehlgasse-Brandmayergasse im 5. Bezirk, ist vier Stockwerke hoch und hat drei Stiegehäuser, die zu 88 Wohnungen führen. Gemessen an der Wohnungszahl ist dieser Bau der grösste der Bauten, die bisher auf Grund des Kleinwohnungsbauförderungsgesetzes errichtet wurden. Der zweite Bau wird in der Blumengasse-Weidmangasse in Hernals aufgeführt, ist drei Stockwerke hoch und wird 20 Wohnungen enthalten.

In Vertretung des Bürgermeisters hob Vizobürgermeister Waldsam die Bedeutung der Zusammenarbeit insbesondere der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Interesse des Aufbaues hervor und übermittelte allen Mitarbeitern an dem schönen Werk den Dank des Bürgermeisters. Die Baumeister Brich und Czerny, die Bauarbeiter Hansl und Seidemann sowie die Bezirksvorsteher Hofrat Jakob und Neuhäuser dankten sodann der Stadtvdrwaltung für die vorbildliche Arbeitsbeschaffung. Zu den Gleichenfeiern<sup>waren</sup> neben zahlreichen Festgästen in Vertretung des Staatssekretärs Rott Ministerialrat Dr. Zimmer und viele Räte der Stadt Wien erschienen.

-----

## Filmvorführungsstelle der Stadt Wien.

Bei der Filmvorführungsstelle des Besonderen Stadtamtes II wurden in dieser Woche 37 Filme, davon 10 Grossfilme, zur Begutachtung vorgeführt von denen auf Grund des Gutachtens des Filmbeirates 34 ungekürzt und 3 mit Kürzungen die Vorführungsbewilligung erhielten. 24 Filme, davon 2 mit Kürzungen, wurden auch zur Vorführung vor Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zugelassen, unter diesen die Grossfilme "Jidl mit dem Fidl (in jiddischer Sprache)" und "Zwei Ritter ohne Furcht und Tadel".

-----

## Schliessung der Lobau.

Wie die land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft mitteilt, wird die städtische Lobau vom 16. d. an bis 26. Februar 1938 für den allgemeinen Besuch gesperrt.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

280

Wien, am 8. November 1937.

## Der Wettbewerb zur Erhaltung von Grinzing.

Der Bau der Wiener Höhenstrasse hat eine Reihe seit längerer Zeiterörterter wichtiger Fragen städtebaulicher und verkehrstechnischer Natur nunmehr in den Vordergrund gestellt. So hat man sich schon lange besorgt gefragt, was den mit den entzückenden, den Wienern und den Fremden so ans Herz gewachsenen Weinbauerorten geschehen werde, wann die Notwendigkeit von Umbauten der häufig schon recht alten Häuser eintritt. Zu dieser wohl begründeten Sorge fügte die Entwicklung des modernen Verkehrs eine neue hinzu, von deren Lösung sogar Leben und Gesundheit der Bevölkerung abhängen können. Eine Hauptsorge gilt dem Ortskerne von Grinzing. Gut gemeinte, doch mehrfach unzutreffende Aeusserungen haben in der Öffentlichkeit eine gewisse Verwirrung herbeigeführt, die es notwendig erscheinen lässt, darauf zu verweisen, dass zum Beispiel die Erhaltung des Ortsbildes von Grinzing vor allem dann gefährdet wäre, wenn nichts geschähe, das heisst, wenn die bisherigen Bestimmungen für die Verbauung von Grinzing und so weiter nicht abgeändert würden.

Heute ist die Rechtslage so, dass nach den geltenden Vorschriften, die in weit zurückliegender Zeit erlassen wurden, im Falle von Umbauten und dergleichen die schönsten Grinzingener Häuser durch die vorgeschriebene Baulinie zerstört würden. Die Baubehörde ist an diese Vorschriften gebunden und könnte auf diese sich berufene Baubeghron Privater nicht einfach ablehnen. Um hier Abhilfe zu schaffen und zunächst Grinzing auch in Zukunft zu schützen, wurde von der Stadtverwaltung der Entwurf eines neuen Regulierungsplanes ausgearbeitet. Auf Wunsch des Bürgermeisters wurde ausserdem zur Überprüfung dieses amtlichen Entwurfes ein allgemeiner Ideenwettbewerb ausgeschrieben, wie das Ortsbild von Grinzing am besten erhalten bleiben und den Verkehrsnotwendigkeiten die unentbehrliche Rücksicht getragen werden könnte. Die eingelaufenen Arbeiten werden derzeit einem Studium unterzogen. Bürgermeister Richard Schmitz hat zur Ermittlung des Urteiles über die eingelangten Wettbewerbsentwürfe einen neuartigen Weg angeordnet, der darin besteht, dass ausser dem aus Baufachleuten zusammengesetzten Preisgericht auch Persönlichkeiten, deren echtes Wienertum bekannt ist, Gelegenheit gegeben wird, Stellung zu nehmen. Schon durch diese Verfügung allein ist Gewähr geboten, dass grundstürzende Veränderungen im Ortscharakter von vornherein verhindert werden sollen.

Dieser Vorgang wird nicht nur die Bewohner Grinzings, sondern alle Wiener im weitesten Masse beruhigen und befriedigen, denn sie schon hierin deutlich, dass das alte Grinzing in der Ursprünglichkeit möglichst unberührt bleiben soll. Im übrigen wird die Öffentlichkeit Gelegenheit haben, in kürzester Zeit die von den Teilnehmern am Wettbewerb eingereichten Entwürfe besichtigen zu können. Schon jetzt aber sei betont, dass die Stadtverwaltung nicht gebunden ist, einen Entwurf zur Gänze dem amtlichen Regulierungsentwurf zugrunde zu legen, dass vielmehr die Möglichkeit besteht, verschiedene gute Ideen zusammenzufassen. Schliesslich sei noch einmal ausdrücklich bemerkt, dass die Veranstaltung des Wettbewerbes ja nicht den Umbau Grinzings beabsichtigt, sondern im Gegenteil nur Beiträge zu den Grundlagen zu liefern hat, nach denen bei einem allfällig notwendigen oder beabsichtigten Umbau eines Grinzingener Hauses oder einer im Interesse der Bevölkerung unvermeidlichen Verkehrsregelung die Behörden sich zu richten haben werden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 281  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 9. November 1937.

## Belastungsprobe der Augartenbrücke.

Die Eisenbahnbrücken müssen alle sechs Jahre einer Hauptuntersuchung und Probelastung unterzogen werden. Brücken, über die die Strassenbahn fährt, sind Eisenbahnbrücken und fallen daher unter diese gesetzliche Bestimmung. Zu den Eisenbahnbrücken gehört somit auch die Augartenbrücke über den Donaukanal, die heuer der Hauptuntersuchung und der Probelastung unterzogen werden muss. Die Probelastung findet in der Nacht von Donnerstag auf Freitag statt, weshalb von Donnerstag, 22 Uhr, an bis Freitag, 5 Uhr, die Brücke für den Fuhrwerksverkehr gesperrt ist.

-----

## Die Grossmarkthalle am 15. November.

Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, findet der Gross- und Kleinhandelsverkehr in beiden Abteilungen der Grossmarkthalle am 15. November von 7 Uhr bis 12 Uhr statt. Die Hallen werden bereits um 6 Uhr 30 geöffnet.

-----

## Fremdenbesuch im Wiener Rathaus.

Im vergangenen Oktober besichtigten insgesamt 1.283 Reisende die Sitzungs- und Festsäle des Wiener Rathauses. Es waren dies 110 Einzelbesucher und 1.173 Besucher in Gruppen. Die Gäste stammten aus den österreichischen Bundesländern, ferner aus Ungarn, der Tschechoslowakischen Republik, Italien, England, Frankreich, Rumänien, Deutschland, Estland, Türkei, aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Australien, Indien und China.

-----

## Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, 6., Brückengasse 3, beginnt am 16. November ein neuer Servierkurs. Nähere Auskünfte in der Schulkanzlei, Fernruf B 25-4-19.

-----

## 15 Jahre Trinkerheilstätte.

Bei einer anlässlich des 15jährigen Bestandes der im Oktober 1922 in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" eröffneten Trinkerheilstätte abgehaltenen Festversammlung führte der Leiter der Heilstätte Primarius Dr. Ernst Gabriel aus, dass die auch im Auslande sehr angesehene Heilstätte bisher 1500 Pflöglinge beherbergte, von denen sich etwa die Hälfte freiwillig der Behandlung unterzog. Zahlenmässig ausgedrückt, war die Behandlung bei etwa der Hälfte aller Pflöglinge erfolgreich. Der Redner gab sodann einen kurzen Ueberblick über die Art der Behandlung und die sich daran anschliessende Befürsordung und verwies dabei auf die Bedeutung der Behandlungserfolge für den kulturellen Aufbau des ganzen Volkes.

-----

## Erkrankung des Bezirksvorstehers Kainzmayer.

Bürgermeister Richard Schmitz hat für die Dauer der Erkrankung des Bezirksvorstehers des III. Bezirkes Viktor Kainzmayer den Bezirksrat dieses Bezirkes :  
Zunftmeister-Stellvertreter der Wiener Elektro-Zunft Franz Cagnelli mit der Führung der Geschäfte der Bezirksverwaltung Landstrasse betraut.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

2. Blatt

Wien, am 9. November 1937

---

## Vortrag des Bundeskanzlers a. D. Präsident Dr. Ender.

In der staatswissenschaftlichen Vortragsreihe, die das Volksbildungsamt der Stadt Wien im Festsaal der Volksschule, 1., Renngasse 12, veranstaltet, hielt heute Bundeskanzler a. D. Präsident Dr. Ender den ersten Vortrag. Er behandelte die Grundzüge der österreichischen Verfassung 1934, in dem er die wesentlichen Bestandteile der Verfassung in ausserordentlich klarer Weise darlegte. Dr. Ender erläuterte die Grundlegung der Regierungsautorität, die Möglichkeiten der Mitbestimmung durch das Volk, die Selbstverwaltung durch Gemeinden, Länder und Berufstände, die Kontrolle durch Bundesgerichtshof und Obersten Rechnungshof und die Rolle der Vaterländischen Front.

Der Leiter des Wiener Volksbildungsamtes Professor Dr. Lugmayer übermittelte dem Vortragenden den Dank der zahlreich erschienenen Zuhörer, die zum grössten Teil Kursleiter der Wiener Volkshochschulen waren.

-----

## Fahrtausweise für die Strassenbahn-Pensionisten.

Die Strassenbahn-Direktion teilt mit, dass die Erneuerung der Anweisungen für die Pensionsparteien der städtischen Strassenbahnen vom 16. bis einschliesslich 27. d. in der "Abteilung für Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen", 6., Rahlgasse 3, an allen Werktagen von 8 Uhr bis 13 Uhr, an Samstagen von 8 Uhr bis 12 Uhr stattfindet. Die Pensionsparteien haben ausser ihrer Anweisung unbedingt noch den Meldezettel mitzubringen und anlässlich der Erneuerung den Verwaltungskostenbeitrag zu erlegen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 282

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 10. November 1937.

## Die Wiener Bürgerschaft in der Strassenbahn-Hauptwerkstätte.

Auf Einladung des Bürgermeisters besichtigten die Mitglieder der Wiener Bürgerschaft heute nachmittag die Hauptwerkstätte der städtischen Strassenbahnen in der Siebeneichengasse und den anschliessenden Strassenbahnhof Rudolfsheim. Vor dem Rundgang erläuterte Strassenbahn-Direktor Ing. Werner den Zweck der Hauptwerkstätte, wobei er als deren wichtigste Aufgabe die Durchführung der behördlich vorgeschriebenen Hauptrevisionen der Strassenbahnwagen bezeichnete und betonte, dass die Hauptwerkstätte kein Fabrikationsbetrieb ist, weil neben den Revisionen nur Instandsetzungsarbeiten, nicht aber Neuherstellungen durchgeführt werden.

Jeder Strassenbahntriebwagen muss nach höchstens 80.000 Wagenkilometern ~~oder~~ längstens nach drei Jahren der Hauptrevision unterzogen werden, während die Strassenbahnanhängewagen nach höchstens 120.000 Wagenkilometern ~~oder~~ längstens nach vier Jahren zur Hauptrevision kommen müssen. Für die Stadtbahnwagen gelten die gleichen Kilometerleistungen, doch muss die Hauptrevision bei Triebwagen nach längstens zwei und bei Anhängewagen nach längstens zweieinhalb Jahren durchgeführt werden. Die Hauptrevision eines Strassenbahntriebwagens erfordert einen viertägigen, die eines Stadtbahntriebwagens einen siebentägigen Aufenthalt in der Hauptwerkstätte. Im vergangenen Jahre wurden insgesamt 1.383 Hauptrevisionen durchgeführt.

Als zweite Aufgabe obliegt der Hauptwerkstätte die rascheste Behebung von Wagenschäden, die alltäglich auftreten und auf Einwirkungen von aussen, vorzeitige Materialabnutzung oder Materialschäden zurückzuführen sind. Im Vorjahre wurden 3.633 Strassenbahnwagen in die Hauptwerkstätte eingeliefert, die sie in kürzester Zeit repariert und wieder voll betriebsfähig verlassen haben. Im Durchschnitt kommt fast jeder Wagen des gesamten Wagenparkes der Strassenbahn und Stadtbahn, der einschliesslich von 230 Last- und Spezialwagen 3.922 Fahrbetriebsmittel umfasst, einmal im Jahre in die Hauptwerkstätte, in der derzeit 1.037 Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, nämlich 37 Beamte, 23 Werkmeister, 576 Professionisten und 401 angelernte und ungelernete Arbeiter.

Anschliessend an die Hauptwerkstätte besichtigten die Räte den benachbarten Strassenbahnhof Rudolfsheim, der von den 17 Wiener Strassenbahnhöfen der zweitgrösste ist. Von hier aus werden die Linien L, M, 52, 57, 58, 63 und 158 betrieben. Der fahrplanmässige Wagenauslauf für diese Linien erfordert 210 Trieb- und Anhängewagen. Im Bahnhof, der einen Stand von insgesamt 240 Wagen hat, sind 840 Personen beschäftigt. Von diesen werden 125 Facharbeiter und Hilfsarbeiter bei allen Vorbereitungsarbeiten für den Betrieb, der behördlich vorgeschriebenen gründlichen Wagenrevision, die halbjährig durchzuführen ist, den täglichen Revisions- und Reinigungsarbeiten und schliesslich bei kleineren Instandsetzungsarbeiten beschäftigt.

Der Bahnhof Rudolfsheim ist auch mit einer Sandtrockenanlage ausgestattet, die einen grossen Teil der anderen Strassenbahnhöfe mit getrocknetem Donauriesol versorgt, der als Schienenstreusand verwendet wird. Die Strassenbahnen verbrauchen im Jahr durchschnittlich 2.000 Kubikmeter Donauriesol. Die Sandtrockenanlage hat einen Lagerraum für 280 Kubikmeter und kann innerhalb von 8 Stunden 14 Kubikmeter Sand trocknen. Hierzu sind 120 Kilogramm Koks notwendig.

An der Besichtigung nahmen auch die Vizebürgermeister Dr. Krosso und Waldsam teil.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

283

Wien, am 11. November 1937.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich wurde ersucht, Sie zu bitten, nachstehende Notiz in der morgigen Nummer Ihres geschätzten Blattes womöglich ungekürzt bringen zu wollen.

F. X. Friedrich

## Operetten-Uraufführung zugunsten der Rettungsgesellschaft.

Uebermorgen, Samstag, um 4 Uhr nachmittag findet im Theater an der Wien als Veranstaltung der Frauenvereinigung der Wiener freiwilligen Rettungs-Gesellschaft unter dem Ehrenschatze der Gemahlin des Bundespräsidenten Frau Leopoldine Miklas und dem Protektorate der Gräfin Elisabeth Kinsky-Wilczek und Gabriele Collato-Traun die Uraufführung der Revueoperette "Oesterreich in Mode-Mode in Oesterreich" von Ida Sinek statt. Dem Ehrenkomitee gehören Bundeskanzler Dr. Kurt v. Schuschnigg, Bürgermeister Richard Schmitz und Frau und die Gattin des Unterrichtsministers Frau Bella Pernter an. Die modische Leitung haben Zunftmeister Rat der Stadt Wien Hans Moravec und Chefredakteur Karl Jauernig übernommen, die auch eine grosse Modenschau der ersten Wiener Firmen bringen. Für die Veranstaltung haben sich in uneigennützigter Weise Margit Bokar, Prof. Grete Gross Kirsten Heiberg, Germaine Darville, Kammer Sänger Alfred Herger, der indische Sänger Ali-Khan, Kapellmeister Wilhelm Loibner und viele andere zur Verfügung gestellt. Die Hauptdarsteller sind Gretl Rainer und Hugo v. Kloiber sowie viele Wiener Bühnenkünstler und Damen und Herren der Gesellschaft. Regie Dr. Karl Denk, Choreographie Frau Prof. Grete Gross, musikalische Leitung Dr. Philipp de la Gorda. Karten von 1 S 50 bis 8 S an der Theaterkasse und in der Kartenzentrale Groner, 1., Graben 28.

-----

## Filmvorführungsstelle der Stadt Wien.

Bei der Filmvorführungsstelle des Besonderen Stadtamtes II wurden in der letzten Woche 31 Filme, davon 7 Grossfilme, zur Begutachtung vorgeführt, von denen auf Grund des Gutachtens des Filmbeirates 28 ungekürzt und 2 mit Kürzungen die Vorführungsbewilligung erhielten. 21 Filme, davon 1 mit Kürzungen, wurden auch zur Vorführung vor Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zugelassen, unter diesen der Grossfilm "Kein Wort von Liebe".

-----

## Änderung der Betriebsdauer auf der Autobuslinie Grinzing-Kahlenberg.

Vom kommenden Dienstag an wird der Betriebsschluss auf der Autobuslinie Grinzing-Kahlenberg um eine Stunde vorverlegt. Es verkehrt der erste Wagen ab Grinzing um 8 Uhr, ab Kahlenberg um 8 Uhr 30, der letzte Wagen ab Grinzing um 21 Uhr, ab Kahlenberg um 21 Uhr 30. Die bisherigen Abfahrtszeiten (ab Grinzing zur vollen und ab Kahlenberg zur halben Stunde) bleiben weiterhin aufrecht. Verstärkungen wie bisher nach Bedarf.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Die neuen Schulbauten in Leopoldau und Aspern.

In den letzten Jahren sind an der Peripherie des Bezirkes Floridsdorf grosse Stadtrand siedlungen entstanden, die dem Bezirk einen überaus starken Zuwachs an schulpflichtigen Kindern brachten. Als Folgeerscheinung ist ein bedeutendes **Hinaufschneiden** der Schülerstände in fast allen Floridsdorfer Schulen eingetreten. So hatte die alte Schule in Leopoldau vor wenigen Jahren nur vier Klassen, während es heute bereits elf vollbesetzte Klassen gibt. Da es mit Rücksicht auf die stark besetzten Räume nicht mehr möglich ist, die durch die Siedlerbewegung zugewachsenen Kinder unterzubringen, müssen die Schüler oft weit entlegenen Schulen zugewiesen werden. So müssen zum Beispiel 250 Hauptschüler aus Leopoldau und den umliegenden Siedlungen Hauptschulen im Inneren des Bezirkes aufsuchen, was durchwegs mit der Zurücklegung unverhältnismässig weiter Wegstrecken verbunden ist, ein Zustand, der namentlich den Kindern der ärmeren Bevölkerungsschichten sehr schwere Opfer auferlegt.

Um diesen unbefriedigenden Schulverhältnissen ein Ende zu bereiten, hat sich Bürgermeister Richard Schmitz entschlossen, in Aspern und Leopoldau je einen neuen Schulbau zur Unterbringung einer Volks- und Hauptschule errichten zu lassen. Während die neue Schule in Aspern bereits fertiggestellt ist und bereits am nächsten Donnerstag feierlich eingeweiht wird, ist der später begonnene Schulbau Leopoldau auch schon bis zur Hauptgleiche gediehen, die in Anwesenheit des Bürgermeisters übermorgen, Samstag, gefeiert wird.

Die neue Leopoldauer Schule wird an der Strassengabel Aderklaaerstrasse-Sobaldgasse als ein Stock hohes Gebäude aufgeführt, das fünf Volksschulklassen und acht Hauptschulklassen aufnehmen soll. Ueberdies wird die neue Schule im Kellergeschoss auch zwei Lehrwerkstätten mit Materialraum das Schulbad mit Umkleideraum in Verbindung mit dem Turnsaal, eine Ausspeisung mit Tocküche, sowie Kleiderablagen und schliesslich das mit einer Zentral-Niederdruck-Dampfheizungsanlage ausgestattete Kesselhaus sowie eine Waschküche enthalten. Im Schulhofe ist ein Turn- und Spielplatz sowie ein Schulgarten vorgesehen.

Die Lehrzimmer werden bei Tischbeinrichtung 40 und bei **Einrichtung** mit Reformbänken 50 Schüler aufnehmen. Um eine gute **Belichtung** der Lehrräume zu erhalten, werden die Fensterwände bloss mit schmalen Eisenbetonpfeilern ausgebildet. Das im Rohbau bereits fertige Gebäude ist ein Ziegelbau und hat durchwegs Eisenbetondecken.

Als Baukosten sind 1¼ Millionen Schilling veranschlagt. Bis zur Bauvollendung werden 26.000 Bauarbeiter und 27.000 Bauhandwerkerschichten geleistet und an Baustoffen eine Million Maurziegel, 5.400 Kubikmeter Sandmaterial, 800 Tonnen Portlandzement, 90 Tonnen Stahl und 70 Waggons sonstige Baumaterialien verarbeitet werden.

Die neue Schule, die natürlich mit Hochquellwasser, elektrischem Licht- und Kraftstrom sowie mit Gasinstallation eingerichtet sein wird, soll mit Beginn des Schuljahres 1938/39 der Benützung übergeben werden.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

28h

Wien, am 11. November 1937

## Die Ausgestaltung der Wollzeile.

Das Kuratorium des Wiener Assanierungsfonds hat in seiner letzten Sitzung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz die Förderung von vier sehr grossen Bauvorhaben beschlossen und hierfür Fondsmittel in der Höhe von 2,440.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Durch diese grosszügigen Beschlüsse werden der Wirtschaft Beträge von rund 6,580.000 Schilling zugeführt und der Arbeitsmarkt im Jahre 1938 um 270.000 Arbeitsschichten entlastet.

In der gleichen zielbewussten Weise wie Stadtverwaltung und Kuratorium vor etwa zwei Jahren an das schier unlösbar scheinende Freihausproblem herangetreten sind, wird nun an die Durchführung einer andern bedeutungsvollen Aufgabe geschritten, nämlich an die Ausgestaltung einer der stärksten Geschäfts- und Verkehrsstrassen Wiens, der Wollzeile. Vor dem Krieg bereits geplant, durch die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit verhindert, soll nun endlich hier Ordnung und Sicherheit geschaffen werden. Jedem Wiener ist bekannt, dass im unteren Teil der Wollzeile auf der einen Seite die Zugänge zu den neueren Häusern mehrere Stufen hoch über der Strasse liegen, während die andre Seite noch immer tief liegt, obwohl man auch hier schon vor dem Kriege bei allen Neubauten auf die Anpassung des Niveaus Rücksicht genommen hatte. Die Gehsteige sind schmal und bieten in manchen Tageszeiten überaus zahlreichen Fussgängern weder Raum noch Schutz. Das zu steile Gefälle der Strasse hat bei Regen, Schnee und Glatteis häufig zur Folge, dass die ins Gleiten kommenden Wagen auf die unzulänglichen Gehsteige geraten. Im Wiener Stadtbild bietet dieser Teil der Wollzeile keinen erfreulichen Anblick infolge des sinnlosen Auf und Ab von Treppen, hohen und niederen, vor- und rückspringenden Häusern, von denen noch dazu einzelne in einem Zustand arger Vernachlässigung sich befinden. Am tröstlosesten ist leider schon seit langen Jahren der Zustand des ehemaligen Palais Paar, einst eines der vielen schönen Barockgebäude Wiens, seit Jahrzehnten aber verwahrlost und schmutzig, fast unbewohnt und zum Teil unbewohnbar, da es im Inneren ebenso verfallen ist wie sein Aussenes. Das Schicksal dieser überalterten Häuser der Wollzeile ist eben schon vor dem Kriege entschieden gewesen.

Der erste Schritt zur Ausgestaltung der Wollzeile war im Frühjahr 1937 der Beginn des Umbaus des Dominikanerklosters. Nun wurden für den Umbau der Häuser Wollzeile 21 und 23, Wollzeile 35 und Postgasse 1 und 3 sowie Wollzeile 30 und 32 die notwendigen zweiten Hypotheken des Assanierungsfonds bewilligt. Der mächtigste Baublock ist der zuletzt genannte (Wollzeile 30 und 32), er reicht bis in die Riemergasse, seine Erneuerung wird also zugleich diese verbessern und die heute für Fuhrwerke fast unbenützbare Zedlitzgasse freimachen. Um die Bedeutung dieses Bauvorhabens für Wiens Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu erkennen, genügt der Hinweis, dass die Gesamtkosten nicht weniger als 3,700.000 Schilling (das sind ungefähr 150.000 Arbeitsschichten) betragen, von denen der Assanierungsfonds 1,400.000 Schilling als zweite Hypothek bereitstellt. Sonach handelt es sich hier um eines der grössten Bauvorhaben in den letzten Jahren. Pflichtgemäss hat <sup>das Kuratorium</sup> der Assanierungsfonds die Bauwerber darauf aufmerksam gemacht, dass das Bundesdenkmalamt



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

2. Blatt

Wien, am 11. November 1937

im Bundesministerium für Unterricht gegen die Abtragung des ehemaligen Palais Paar bisher Bedenken geäußert hat, denen aber das Kuratorium, dem bekanntlich mehrere erfahrene Baufachleute und Kenner der Wiener Bauten angehören, sich nicht anschließen vermochte.

Vielleicht überrascht es auf den ersten Blick, dass in der Wollzeile eine so grosse, immerhin ins Gewicht fallende Anzahl von Häusern gleichzeitig zum Umbau kommen soll. Das Kuratorium ist sich bewusst, damit den Interessen der Geschäftswelt dieser Strasse zu dienen. Der gleichzeitige Umbau dieser Verkehrshindernisse bürgt dafür, dass die mit jeder Bauführung zusammenhängenden unvermeidbaren Störungen auf ein zeitliches Mindestmass herabgedrückt werden. Im anderen Falle, wenn die alten Häuser einzeln nacheinander zum Umbau gelangen würden, wäre die Störung für Passanten und Geschäftswelt ungleich empfindlicher und würde viele Jahre dauern.

Neben diesen wichtigen Assanierungsbauten in der Inneren Stadt wurde der Umbau eines Verkehrshindernisses in einem äusseren Bezirk, und zwar 14., Sochshausenstrasse 75-77, genehmigt, für den Fondsmittel im Betrage von rund 300.000 Schilling bereitgestellt worden.

Die Beschlüsse des Kuratoriums, deren Auswirkungen der Bautätigkeit des Jahres 1938 zugute kommen werden, sind als Auftakt für die grosse, durch Bürgermeister Schmitz nachdrücklich geförderte Hochbautätigkeit des Jahres 1938 in Wien anzusehen, von der eine allseitige Belobung zahlreicher Wiener Gewerbe und Industrien erhofft werden darf.

## Zum Ableben des Generalabtes Dr. Kluger.

Bürgermeister Schmitz hat an das hochwürdige Kapitel der reg. lat. Augustiner-Chorherren des Stiftes Klosterneuburg aus Anlass des Todes des Generalabtes Dr. Kluger eine Beileidsschreiben gerichtet, in dem es heisst: "Tief bewegt durch die Nachricht vom Hinscheiden Ihres hochwürdigsten Herrn Probstes, bitte ich den Ausdruck meiner innigsten Anteilnahme an dem schweren Verluste und das herzlichste Beileid der Stadt Wien entgegenzunehmen. Was Generalabt Dr. Josef Kluger durch mehr als ein Vierteljahrhundert hindurch für das seiner Leitung anvertraute Babenbergerstift und für die katholische Sache in Oesterreich gewirkt hat, ist mit unvergänglichen Lettern eingetragen in der Geschichte unseres Vaterlandes. Die Bundeshauptstadt verliert in Prälat Dr. Josef Kluger einen warmen Freund, der nicht bloss auf kirchlichem Gebiete Hervorragendes geleistet, sondern auch an allen kulturellen, wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen Wiens den regsten Anteil genommen hat. Die Stadt Wien wird dem Verblichenen stets ein ehrenvolles treues Gedemken bewahren."

## Der moderne Verkehr und das alte Wien.

Wie aus dem Rathause gemeldet wird, hat Bürgermeister Richard Schmitz die Bildung einer gemischten Kommission von Mitgliedern des Kunstbeirates und von Fachmännern des Magistrates angeordnet. Aufgabe dieser Kommission soll es sein, Vorschläge auszuarbeiten, um erhaltungswürdige Teile des alten Wien, deren Erhaltung aber durch die geltenden, aus langer Zeit vor dem Kriege stammenden Bauvorschriften bedroht ist, durch Erlassung entsprechender neuer Bestimmungen zu sichern.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

285

11/11.37

An die Kollegen Kommunalredakteure!

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der von der Stadt Wien aufgeführte Neubau einer städtischen Hauptschule in Aspern, Oberdorfstrasse 2, ist fertiggestellt und wird am nächsten Donnerstag um 10 Uhr vormittag feierlich eingeweiht, wozu besondere Einladungen an Sie ergehen werden.

Um den Kollegen Kommunalredakteuren jedoch Gelegenheit zu geben, den neuen Schulbau eingehend besichtigen zu können, findet am nächsten Mittwoch vormittag die Vorbesichtigung der neuen Schule durch die Kollegen Kommunalredakteure statt, wozu ich Sie hiermit höflichst einlade.

Zusammenkunft 9 Uhr 45, Rathauseingang Lichtenfelsgasse.

Ich bitte um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

F. X. F r i e d r i c h .

-----  
Talentwettbewerb für die städtischen Angestellten.

Im Ausstellungsraum des Direktionsgebäudes der städtischen Elektrizitätswerke in der Mariannengasse wurde Donnerstag nachmittag die unter dem Ehrenschutze des Magistratsdirektors Dr. Hiessmanseder stehende Wettbewerbsausstellung des V.F.-Werkes "Neues Leben" der Dienststellenorganisation der Bundeshauptstadt Wien feierlich eröffnet. Hierzu hatten sich Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil, für die Landesfachleitung Obermagistratsrat Schinnell und Oberrechnungsrat Deschka, die Unternehmungsdirektoren Ing. Beron, Ing. Güntner und Ing. Werner sowie die Hauptsachwalter des V.F.-Werkes "Neues Leben" der Wiener Dienststellenorganisation eingefunden.

Nachdem Direktor Ing. Beron als Hausherr die Gäste begrüsst und dem Wunsche Ausdruck gegeben hatte, dass die Veranstaltung die Ziele des V.F.-Werkes "Neues Leben" fördern möge, betonte Hauptsachwalter Amtsrat Gettinger, die Idee, einen Wettbewerb für Talente unter der städtischen Angestelltenschaft zu veranstalten, sei einer Initiative des Magistratsdirektors zu verdanken. Der Wettbewerb bezwecke, schlummernde Talente zu wecken und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre in der Freizeit geschaffenen Werke einer breiteren Öffentlichkeit vorzuführen. Nunmehr sei der erste Versuch gemacht worden, der zugleich auch für die gesamte Kollegenschaft ein Ansporn zu weiterem Schaffen sein möge.

Mit lebhaftem Beifall begrüsst, sprach Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder allen Wettbewerbsteilnehmern Dank und Anerkennung aus. Der Wettbewerb, sagte er, solle erweisen, was die städtischen Angestellten, die ihre Talente auf vielen Gebieten betätigen, in der Freizeit Schönes und Künstlerisches leisten können. Damit werde neben dem Gemeinschaftsgefühl vor allem das Standesansehen gehoben. Der Magistratsdirektor überreichte sodann den Preisträgern die Preise, worauf die Festgäste die bemerkenswerte Ausstellung eingehend besichtigten.

An dem Wettbewerb haben sich 180 Angestellte aller Dienstzweige mit Werken auf dem Gebiete der Dichtkunst, Malerei, Plastik, des Kunstgewerbes und der Bastlerkunst beteiligt, von denen viele mit Preisen ausgezeichnet worden sind. Preise widmeten die Stadt Wien, die Bundesführung des V.F.-Werkes "Neues Leben", die Landesfachleitung Wien und die Kameradschaft der städtischen Angestellten und Bediensteten. Erste Preise erhielten Insp. Karl Hager (Malerei), Ing. Berthold Gross (Lichtbildnerlei), Hans Loichl (Teppichknüpferei), Johann Frey und Friedrich Baumann sowie Josef Winko (Bastler), Karl Klonner (Dichtkunst), Franz Duchatschek (Plastik) und Eugenio Kottinig (Plakate).

Die Ausstellung ist an allen Werktagen von 11 Uhr bis 19 Uhr, am 15. d. von 8 Uhr bis 12 Uhr allgemein frei zugänglich.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 286  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 13. November 1937.

## Ein Erinnerungsfest an den Reichsbrückenbau.

Gestern abends fand in der Volkshalle des Rathauses als Veranstaltung der Landesfachleitung der Dienststellenorganisation Wien der V.F. eine Ehrung für die am Reichsbrückenbau beschäftigt gewesenen städtischen Angestellten und Arbeiter statt. Nach Eröffnungsworten des Verwaltungsssekretärs Nowak, der für die Landesfachleitung die Gäste begrüßte, gab Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil einen Ueberblick über die Geschichte des Neubaus der Reichsbrücke und hob hervor, dass dieser gewaltige Brückenbau ein echt österreichisches Werk ist, ein Werk der österreichischen Technik, der österreichischen Arbeit. Landesfachleiter-Stellvertreter Oberrechnungsrat Deschka würdigte die Bedeutung der Feier, Bauwerkmeister Buschka brachte den entschlossenen Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck, nach wie vor alle Kräfte in den Dienst des Wiederaufbaues Oesterreichs zu stellen, worauf von lebhaftem Beifall begrüßt, Bürgermeister Richard Schmitz eine Ansprache hielt.

Der Bürgermeister erinnerte daran, dass die fälschlich so bezeichnete Aufklärung im 18. Jahrhundert mit den bis dahin überlieferten und zum Volksleben gehörigen sinnvollen Arbeitsfesten aufgeräumt habe. "Das war ein schwerer Fehler; denn es hat seinen tiefen Sinn, jene Menschen, die in gemeinsamer Sorge und Verantwortung an dem Zustandekommen eines Werkes gearbeitet haben, auch eine schöne Stunde erleben zu lassen, in der sie sich ihre Freude am Gelingen des gemeinsamen Werkes bewusst werden können. Am Bau der neuen Reichsbrücke war auch ein beträchtlicher Teil städtischer Angestellter und Arbeiter beteiligt, die ebenfalls ihre besten Kräfte für das grosse Werk eingesetzt haben. Ich freue mich herzlich, heute als Bürgermeister der Stadt Wien alle jene zu beglückwünschen, die durch ihre Arbeit einen unmittelbaren persönlichen Anteil an dem Gelingen des gewaltigen Brückenbaus haben." (Stürmischer Beifall).

Der Bürgermeister überreichte hierauf Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil als Vertreter der leitenden Beamten, Stadtbaurat Ing. Mermont als Vertreter der Bauleitung und dem Werkmeister Buschka als Vertreter der Arbeiterschaft je einen Erinnerungskrug, der vom Frontwerk "Neues Leben" der Mitarbeitern am Reichsbrückenbau gewidmet worden war. Werkmeister Buschka dankte für die Ehrung, legte ein Treuebekenntnis für Heimat und Vaterland ab und überreichte unter stürmischem Beifall dem Bürgermeister ebenfalls einen Erinnerungskrug, den dieser mit Worten des Dankes entgegennahm.

Die Feier wurde mit Musikvorträgen umrahmt und mit einer Filmvorführung beendet, die die Eröffnungsfeierlichkeiten mit anschliessendem Festzug zeigte.

## Werktagsverkehr auf der Strassenbahn am 15. November.

Am 15. November gelten auf der Strassenbahn und Stadtbahn die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Schülerfahrtscheine, die Arbeitslosen- und Jugendfürsorgefahrtscheine. Der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif ist ebenfalls gültig. Die Hin- und Rückfahrtscheine sowie die Wochenkarten dürfen für die Rückfahrt schon von 11 Uhr an benützt werden. Die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen und die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für Strassenbahn und Bundesbahn sind jedoch ungültig.

Der Autobusverkehr wird wie an jedem Wochentag betrieben.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Vorstärkung der Hochbautätigkeit der Stadt Wien.

Um den durch das starke Anwachsen der Schülerzahl in Aspern und Leopoldau unendlich gewordenen Schulverhältnissen ein Ende zu bereiten, hat Bürgermeister Richard Schmitz von der Wiener Bürgerschaft die Ermächtigung erhalten, je einen neuen Schulbau in Aspern und Leopoldau zur Unterbringung von Volks- und Hauptschulen zu errichten. Während die neue Schule in Aspern <sup>bereits in Gebrauch genommen ist und schon am nächsten Donnerstag feierlich eingeweiht</sup> werden wird, ist der im heurigen Sommer begonnene Schulbau in Leopoldau auch schon bis zur Dachgleiche gediehen, die heute in Anwesenheit des Bürgermeisters gefeiert wurde. Hierzu hatten sich unter anderem auch Magistratsdirektor Dr. Hiessmaseder, Stadtschulratspräsident Hofrat Prof. Krasser, Obersenatsrat David, Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil mit den leitenden Beamten des Bauamtes, Bezirksvorsteher Hanisch und viele Räte der Stadt Wien eingefunden.

Bürgermeister Schmitz erinnerte zunächst daran, dass der 21. Bezirk in der Nachkriegszeit eine ganz andere Entwicklung durchgemacht habe, als ihm vor dem Kriege zugeordnet gewesen sei. Mit der Zerstörung der alten Monarchie seien ein mächtiges Wirtschaftsgebiet zerrissen und damit auch der schöne Plan vernichtet worden, aus dem weitläufigen 21. Bezirk ein gewaltiges Industrie- und Handelszentrum zu machen.

„Die Not der Nachkriegszeit hat den noch nicht industrialisierten Teilen des 21. Bezirkes einen anderen Charakter gegeben, der auch durch die Siedlungen mitbestimmt wird. ~~Zwei~~erlei gilt es zu unterscheiden. In der ersten Nachkriegszeit, als die Bande der gesetzlichen Ordnung gelockert waren, entstanden da und dort sogenannte wilde Siedlungen, die aus zumeist schlecht gebauten Hütten bestehen, die leider allzuhäufig den primitivsten Anforderungen der modernen Wohnpolitik widersprechen. Deshalb und weil diese wilden Siedlungen auch fast aller verwaltungstechnischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen entbehren, bereiten sie der Stadtverwaltung **andauernd eine** schwere Sorge. Anders und weitaus günstiger sind die Verhältnisse in jenen Siedlungen, die unter Führung oder Mitwirkung der Stadtverwaltung entstanden sind. Die Häuser sind fest und gesund, die Strassen und Wege geordnet, die noch fehlenden öffentlichen Einrichtungen folgen rasch nach. Schon die frühere Stadtverwaltung hatte hier in Leopoldau mit dem Bau von Stadtrand-siedlungen begonnen, der von 1934 an von der jetzigen Stadtverwaltung im verstärkten Masse fortgesetzt wurde, so dass nun viele hunderte Familien hier ansässig sind.

Das ständige Anwachsen der Bevölkerungszahl des 21. Bezirkes hatte zur Folge, dass, während in den anderen Wiener Bezirken infolge des Sinkens der **Kinderzahl** während der letzten Jahre etwa 30 Schulen stillgelegt werden mussten, hier eine starke Überfüllung der wenigen alten Schulen eintrat. So hatte die alte Schule in Leopoldau vor wenigen Jahren nur vier Klassen, während es heute bereits elf vollbesetzte Klassen gibt. Diese unbefriedigenden Verhältnisse zwangen die Stadtverwaltung, hier einzugreifen und die notwendigen Schulbauten aufzuführen. Der eine Schulbau in Aspern ist fertiggestellt und dient bereits seiner Aufgabe, beim zweiten Schulbau feiern wir heute das Gleichenfest. Wie schon jetzt die neue Schule in Aspern wird auch die neue Leopoldauer Schule bei aller gebotenen Sparsamkeit doch den modernen Anforderungen entsprechen und ein Zeugnis für unsere Liebe und für unser Verständnis für unsere Kinder sein (Lebhafter Beifall).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

## Programmatische Erklärungen über die Arbeitsbeschaffung 1938.

Der Bürgermeister hob sodann die überragende Bedeutung der Arbeitsbeschaffung für den Wiederaufbau Wiens hervor und kündigte unter stürmischem Beifall an, dass die Wiener Stadtverwaltung im nächsten Jahre durch Konzentration des Willens, der Opferkraft und aller verfügbaren Mittel die Hochbautätigkeit in Wien im grösstmöglichen Ausmasse fördern werde, um in der Arbeitsbeschaffung noch stärkere Erfolge zu erzielen. Vom Hochbau ist ja eine allseitige Belobung vieler anderer Gewerbe- und Industriezweige zu erwarten. Diese unsere Arbeit, sagte der Bürgermeister, verrichten wir nicht um irgend eines politischen Zweckes willen, wir wollen nur unseren Teil zum Aufbau der Gesamtwirtschaft beitragen, an dem das ganze schaffende Volk seinen Anteil haben soll. (Stürmischer Beifall.)

Dann sprachen für die Baufirma Baumeister Jakob, für die Belegschaft Bauarbeiter Kudlich und namens der Bezirkes Bezirksvorsteher Hanisch Dankesworte für die Arbeitsbeschaffung, worauf die Belegschaft in der herkömmlichen Weise bewirtet wurde.

-----  
Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich bitte Sie dringend, nachstehende Notiz ungekürzt und an hervorragender Stelle in der morgigen Nummer Ihres geschätzten Blattes veröffentlicht zu wollen.

Zu Gegendiensten stets bereit

Ihr  
F. X. Friedrich.

## Der grosse Künstler-Abend im Rathaus.

Am Samstag, den 20. d., findet in allen Sälen und in der Volkshalle des Rathauses zugunsten der unter der Führung der Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, stehenden grössten Wiener Tisch-Aktion "St. Josefstisch für die Aermsten der Armen" ein grosser Rout statt, an dem die Bundesregierung, das diplomatische Korps und die Spitzen der Wiener Gesellschaft teilnehmen werden. Den Mittelpunkt dieser echtwienersischen, der Wohltätigkeit dienenden Veranstaltung bildet eine sorgfältig zusammengestellte Künstler-Akademie in der Volkshalle, die von Kammer Sänger Alfred Jergor, Staatsopernsängerin Esther Rethy, Staatsopernsänger Theodor Mazaroff, Burgschauspieler Regisseur Philipp v. Zeska, Burgschauspielerin Inge v. Leddihn, Filmschauspielerin Lizzy Holzschuh, Schauspieler Erich Dörner und dem Boheme-Quartett bestritten und von Dr. Karl Denk angesagt werden wird. Im Grossen Festsale wird die Kapelle I. W. Ganglberger der Jugend zum Tanz aufspielen, während in dem als Heurigen eingerichteten Kleinen Saal das Schrammel-Quartett Pepi Wichart mit seinen Stimmungsgängern für allergemütlichste Unterhaltung sorgen wird. Die <sup>Künstler-</sup> Akademie in der Volkshalle beginnt nach dem Cercle in den übrigen Festsälen.

Die Eintrittskarten können gegen Vorweis der Einladung im Präsidialbüro der Stadt Wien im Rathaus an allen Werktagen von 8 Uhr bis 18 Uhr behoben werden. Wer die Zustellung der Eintrittskarten wünscht, kann diese mit der Bestellkarte, die der Einladung beiliegt, oder fernmündlich bei Ruf A 28-500, Klappe 035, bestellen.

Mit Rücksicht auf den zu erwartenden Andrang ist es geboten, sich sofort nach Erhalt der Einladung die Eintrittskarten zu besorgen.

## Zum Tode des Generalabtes Dr. Kluger.

Im Namen des Bürgermeisters legte gestern der stellvertretende Vorstand des Präsidialbüros der Stadt Wien Senatsrat Dr. Asperger am Sarge des verewigten Generalabtes Dr. Josef Kluger einen Kranz der Stadt Wien nieder und sprach Dechant Kraus das Beileid des Bürgermeisters aus.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

287

Wien, am 15. November 1937.

---

## Der Festtag des hl. Leopold.

Wie im Vorjahre zelebrierte auch heuer auf Ersuchen des Bürgermeisters Rat der Stadt Wien Monsignore Schneider in der Kirche auf dem Leopoldenberg eine hl. Messe. An dieser nahmen ausser Bürgermeister Schmitz und Frau die Staatssekretäre Zernatto und Skubl, Bundeskommissär Dr. Fleisch, die Vizebürgermeister Lahr und Waldsam, Magistratsdirektor Dr. Hiessemann, die Räte der Stadt Wien, die leitenden Beamten und Unternehmungsdirektoren, die Bezirksvorsteher, Vertreter der V. P., der Landesfachleitung der Dienststellenorganisation Wien und der Kameradschaft der städtischen Angestellten und Bediensteten teil.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

288

Wien, am 16. November 1937.

---

## Einweihung der neuerbauten Hauptschule Aspern.

Die Stadt Wien hat in der Langobardenstrasse in Aspern eine Hauptschule für Knaben und Mädchen neu erbaut, die am 15. September d. J. bereits seiner Bestimmung übergeben worden ist. Die feierliche Einweihung der neuen Schule findet übermorgen, Donnerstag, um 10 Uhr vormittag statt.

-----

## Die Lebensmittelzufuhren auf den Wiener Märkten.

Wie das Marktamt der Stadt Wien berichtet, betrugen die Zufuhren auf den Wiener Märkten in der vergangenen Woche an Grünwaren 20.948 Zentner, um 149 Zentner mehr als in der Vorwoche, an Kartoffeln 10.748 Zentner, um 1.449 Zentner mehr als in der Vorwoche, an Obst 15.382 Zentner, um 981 Zentner mehr als in der Vorwoche, an Agrumen 142 Zentner, um 56 Zentner weniger als in der Vorwoche, an Pilzen 21 Zentner, um 3 Zentner mehr als in der Vorwoche, an Butter 237 Zentner, um 5 Zentner mehr als in der Vorwoche, und an Eiern 826.000 Stück, um 22.000 Stück weniger als in der Vorwoche.

Auf dem Rinderhauptmarkte war der Verkehr lebhaft, während der Schweinemarkt einen ruhigen Geschäftsgang aufwies. In der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, langten in der Berichtswoche insgesamt 13 Wagons mit 71¼ Tonnen Fleisch ein, um 12½ Tonnen mehr als in der Vorwoche. Der Marktverkehr in der Grossmarkthalle war von Mittwoch bis Freitag lebhaft, sonst ruhig. Der Wildbret- und Geflügelmarkt hatte ziemlichen lebhaften Verkehr. Auf dem Zentralfischmarkt wurden insgesamt 40.276 Kilogramm Fische zugeführt.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 289  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 17. November 1937.

An die Kollegen Kommunalredakteure!

Sehr geehrter Herr Kollege!

Morgen, Donnerstag, abends findet im Rathaus eine

## Pressekonzferenz

statt, bei der den Kollegen Kommunalredakteuren der Entwurf des Voranschlages der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938 vorgelegt werden.

Zusammenkunft 18 Uhr 25 in der "Rathauskorrespondenz".

Um zuverlässiges und pünktliches Erscheinen ersucht

F. X. Friedrich.

## Sitzung im Rathaus.

Morgen, Donnerstag, hält der Haushaltungsausschuss der Wiener Bürgerschaft eine Sitzung ab, in der Bürgermeister Richard Schmitz den Entwurf des Voranschlages der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938 einbringen wird.

## Die neue Hauptschule in Aspern.

Heute vormittag besichtigten Vertreter der Wiener und auswärtigen Presse die von der Stadt Wien in Aspern neu erbaute Hauptschule für Knaben und Mädchen, wobei der geschäftsführende zweite Präsident des Stadtschulrates für Wien Hofrat Professor Krasser in einem längeren Vortrag interessante Mitteilungen über die Tätigkeit der unter der Führung des Bürgermeisters Richard Schmitz stehenden Wiener Stadtverwaltung auf dem Gebiete des Schulwesens machte. Hofrat Krasser stellte einleitend fest, dass in den letzten vier Jahren die Schülerzahl in Wien um nicht weniger als 30.739 zurückgegangen ist. Damit hat sich naturgemäß der Stand der Schulen und Schulklassen um 40 und 927 verringert. Die Zahl der Schüler beträgt derzeit insgesamt 116.000, von denen 48.100 die Hauptschulen, 64.200 die Volksschulen, 500 die tschechischen Volksschulen und 3.200 die Sonderschulen besuchen. Derzeit stehen 4.646 Lehrpersonen im Wiener Schulbezirk in Verwendung. Trotz dem bedeutenden Sinken der Schülerzahl wurden seit Februar 1934 692 Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen, 84 vertragsmäßige Handarbeitslehrerinnen und 34 vertragsmäßige Fremdsprachlehrerinnen angestellt, von denen heute bereits 295 provisorische Lehrer und Lehrerinnen und 44 bereits definitive Hauptschullehrer oder Sonderschullehrer sind.

Die neue städtische Hauptschule in Kagran für Knaben und Mädchen, deren Gebäude sich in das Landschaftsbild glücklich einfügt und in ein reichliches Grün förmlich eingebettet ist, enthält 9 Klassenzimmer, 1 Turnsaal, 2 Schülerwerkstätten, 1 Schulbad, 1 Physiksaal, 1 Zeichensaal, 1 Schulgarten und dergleichen. Die Gesamtbaukosten betragen rund 900.000 Schilling. Die neue Schule ist mit allen zeitgemässen Einrichtungen versehen. Sie wird morgen, Donnerstag, um 10 Uhr vormittag feierlich eingeweiht, wobei die Festrede Bürgermeister Richard Schmitz halten und die Weihe Rat der Stadt Wien Monsignore Schneider vornehmen wird.

Aviso:

Für jene Kollegen, die an der vormittägigen Pressebesichtigung nicht teilnehmen konnten, liegen der Vortrag des Stadtschulratspräsidenten Hofrat Krasser und die anlässlich der Eröffnung der Schule erschienene Festschrift zur freundlichen Verwendung bei.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 290

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 18. November 1937.

## Der Voranschlag 1938 der Stadt Wien.

Bürgermeister Richard Schmitz hat heute in der Sitzung des Haushaltausschusses der Wiener Bürgerschaft den Entwurf des Voranschlages der bundesunmittelbaren Stadt Wien für das Jahr 1938 eingebracht. Der Entwurf verzeichnet auf der Ausgabenseite ein Gesamterfordernis von 403,626.740 Schilling (gegen 391,110.880 Schilling laut Voranschlag für das Jahr 1937) und Gesamteinnahmen von 396,355.260 Schilling (1937: 371,832.820 Schilling). Die städtische Hoheitsverwaltung rechnet sonach mit einem Abgang von 7,271.480 Schilling (1937: 19,278.060 Schilling), der zur Gänze auf die laufende Gebarung entfällt und in Kassenbeständen, beziehungsweise durch eine Kreditoperation bedeckt werden soll.

Die Erfordernisse für die Arbeitsbeschaffung im Gesamtbetrage von 50,600.000 Schilling wurden wieder in einem eigenen Abschnitt zusammengefasst. Ein kleiner Teilbetrag des Erfordernisses für die Arbeitsbeschaffung - 163.400 Schilling - ist in Einnahmen gedeckt, die sich aus der Durchführung des Programmes selbst ergeben, der Hauptsache nach bleibt die Aufbringung der erforderlichen Mittel auf die Aufnahme von Hypothekarkrediten angewiesen, und zwar mit 47,419.600 Schilling auf die mit den Beschlüssen der Wiener Bürgerschaft seinerzeit genehmigten Hypothekarkredite und mit 3,017.000 Schilling auf Hypothekardarlehen nach dem Kleinwohnungsförderungsgesetz vom Jahre 1937.

Soweit die laufende Ausgabegebarung in Frage kommt, ist hervorzuheben, dass auch diesmal ausser den Verpflichtungen der Stadt nur die dringendsten, ganz unabweislichen Notwendigkeiten untergebracht werden konnten und wieder manche sachlich gerechtfertigte Forderungen der einzelnen Verwaltungszweige zurückgestellt werden mussten. Bei Ermittlung der Einnahmensätze der laufenden Gebarung, insbesondere im Bereich des Abgabenamtes, durfte sich die Stadtverwaltung nicht dem Optimismus hingeben, dass die Steigerung der Erträge, die in den letzten Jahren zu verzeichnen war, auch nur annähernd im gleichen Ausmass im kommenden Jahre sich fortsetzen werde. Der Ertrag der städtischen Einnahmen wurde daher entsprechend den bisherigen Ergebnissen im allgemeinen nicht wesentlich höher angesetzt als im Voranschlag für das Jahr 1937, bei einigen Posten mussten die Ansätze sogar etwas erniedrigt werden.

In Gegenüberstellung zu den Ansätzen für das Jahr 1937 ergeben sich folgende Hauptziffern:

	Ausgaben		Einnahmen	
	Schilling			
	1937	1938	1937	1938
Allgemeine Verwaltung.....	125,944.350	124,025.330	5,959.920	6,123.380
Finanzamt .....	50,218.670	51,731.110	247,030.690	257,909.190
Wohlfahrtsamt .....	98,499.390	100,091.180	11,744.400	11,863.000
Wohnungsamt .....	18,701.940	18,558.870	20,964.150	21,262.170
Bauamt .....	48,119.150	46,562.140	36,841.990	37,004.510
Wirtschaftsamt .....	12,733.880	12,058.110	12,398.170	11,593.010
Arbeitsbeschaffung.....	36,893.500	50,600.000	36,893.500	50,600.000
Zusammen:	391,110.880	403,626.740	371,832.820	396,355.260

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Von dem Ansätze der allgemeinen Verwaltung entfällt der überwiegende Betrag auf Personalkosten (einschliesslich der Schulen.) Unter Einrechnung der bei den Betrieben u. a. enthaltenen Personalaufwendungen rechnet der Voranschlag mit einem gesamten Personalaufwand von 146,247.960 Schilling (1937: 144,990.820 Schilling). Die Steigerung ist auf die normalen Vorrückungen, auf die Pragmatisierung von Vertragsangestellten und auf verstärkte Pensionierungen zurückzuführen. Auf das aktive Personal entfallen 99,168.810 Schilling (+609.170 Schilling), auf die Pensionsparteien 47,079.150 Schilling (+647.970 Schilling). Der Anteil der Aktivitätsbezüge am Gesamtaufwand der Hoheitsverwaltung wird von 25'2 v.H. auf 24'6 v.H. zurückgehen. Die Pensionsbeiträge der Angestellten sind einschliesslich der Dienstgebühr mit 4,213.870 Schilling veranschlagt (1937: 4,017.400 Schilling).

Der Personalstand betrug am 1. August 1937 22.611 aktive Angestellte und 13.608 Pensionsparteien (gegen 22.401 und 13.300 Personen am 1. August 1936).

Auf das Schulpersonal allein entfallen 48,631.000 Schilling. Das schon bisher ungünstige Verhältnis der Bezüge des aktiven Schulpersonales - 27,788.600 Schilling (1937: 28,037.900 Schilling) - zu den Pensionslasten - 20,842.400 Schilling (1937: 20,715.500 Schilling) - hat sich weiterhin verschlechtert. Zu diesem Betrag kommt noch der Beitrag, den die Stadt Wien auf Grund des Trennungsgesetzes Wien-Niederösterreich vom Jahre 1921 zu den Ruhe- und Versorgungsgenüssen der niederösterreichischen Lehrpersonen und deren Hinterbliebenen zu leisten hat und der mit 1,496.210 Schilling veranschlagt ist. Dem steten Sinken der Schülerzahl entsprechend wurden weitere Schulen gesperrt. Die dadurch ermöglichte Herabsetzung des Sachaufwandes der Schulen (Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, Lehr- und Lernmittel u. s. wird allerdings durch Verbesserungen des Werkstättenunterrichtes und durch <sup>erstmalig</sup> das veranschlagte Erfordernis für die vormilitärische Jugenderziehung zum Teil wieder wettgemacht. Der gesetzliche Beitrag der Stadt Wien zum Aufwand des Fortbildungsschulfonds musste auf 2,030.000 Schilling (1937: 1,890.820 Schilling) hinaufgesetzt werden; die Erhöhung ist vor allem **in der Steigerung der Zahl der Lehrlinge, sodann in den Ausgaben für die religiös-sittliche und vaterländische Erziehung der gewerblichen Jugend** und für den Ausbau der Freizeitgestaltung begründet. Die Zahl der Lehrlinge betrug zu Beginn des Schuljahres 1937/38 18.035 gegen 17.032 im Vorjahre. Die Frauenerwerbschulen-Fachschule für Damenkleidermachen und Wäschewarenherstellung sowie die Haushaltungsschule belasten den Stadthaushalt mit einem Nettoerfordernis von 17.040 Schilling. Die im Wohlfahrtsamt nachgewiesenen Ausgaben für die Schulspeisung, die Schulzahnkliniken, den schulärztlichen Dienst und die augenärztliche Zentrale für Schulkinder werden einen Aufwand von 1,412.700 Schilling erfordern. Namhafte Beträge sind auch beim Bauamt <sup>und</sup> im Abschnitt der Arbeitsbeschaffung für die Erhaltung der Schulgebäude und der Turnsaaleinrichtungen sowie als Bauraten für die neuen Hauptschulen in Aspern und Leopoldau sichergestellt; sie belaufen sich auf 3,000.000 Schilling. **Einschliesslich** der in eigenen Einnahmen des städtischen Lehrpensionsfonds gedeckten Aufwendungen - der Abgang des Fonds wird von der Stadt Wien gedeckt - stellt sich das veranschlagte Bruttoerfordernis für das gesamte Schulwesen auf 61,342.960 Schilling (1937: 62,380.730 Schilling) .

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Aus der allgemeinen Verwaltung sind noch hervorzuheben die erhöhten Aufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehrs mit 670.000 Schilling (+ 120.000 Schilling), die Ressortauslagen der Museen einschliesslich Stadtbibliothek mit 217.800 Schilling (+ 177.000 Schilling), der Arbeiterbüchereien mit 250.000 Schilling (+ 61.600 Schilling) und der Feuerwehr mit 1.147.210 Schilling (+ 285.440 Schilling).

Entgegen der Annahme, dass die Heranziehung der Stadt <sup>Wien</sup> zu einem Wehrbeitrag an den Bund, wie damals in Aussicht gestellt worden war, auf das Jahr 1937 beschränkt bleiben werde, musste auf Grund der Verhandlungen über das Abgabenteilungsgesetz neuerlich ein Wehrbeitrag eingesetzt werden. Er beläuft sich auf 4 Millionen Schilling und wird in gleicher Höhe den Stadthaushalt auch noch in den Jahren 1939 und 1940 belasten.

Die städtischen Abgaben einschliesslich der Zuschläge zu den Bundesgebühren sind mit 118.896.000 Schilling (1937: 116.141.000 Schilling) eingesetzt. Eine erwähnenswerte <sup>Erhöhung</sup> bedeutende/weisen im Ansatz nur die Fürsorgeabgabe (+1.000.000 Schilling), die Ankündigungs- und die Anzeigenabgabe (je + 100.000 Schilling), die Wertzuwachsabgabe (+300.000 Schilling) und der Zuschlag zu den von Fall zu Fall bemessenen Immobiliargebühren (+ 400.000 Schilling) auf. In der Erhöhung des Ansatzes der Fürsorgeabgabe kommt immerhin die Belebung der Wirtschaft zum Ausdruck, zu der die starken finanziellen Opfer der Stadtverwaltung einen wesentlichen Beitrag leisten. Dabei ist jedoch hervorzuheben, dass die Steigerung wesentlich höher wäre, wenn nicht die mit der I. Steuerverordnung des Bürgermeisters vom Jahre 1934 vorgesehene und von zahlreichen Betrieben angewendete Pauschalierung der Abgabe in Rechnung gestellt werden müsste. Auch die Erhöhung der Ansätze der Ankündigungs- und der Anzeigenabgabe ist auf eine gesteigerte Geschäftstätigkeit zurückzuführen. Mit den höheren Ansätzen der Wertzuwachsabgabe und der Zuschläge zu den Immobiliargebühren wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass der Realitätenmarkt eine Bewegung aufweisen wird, die den Erfahrungen der Jahre 1936 und 1937 entspricht. Dagegen musste in Berücksichtigung der derzeitigen tatsächlichen Eingänge der Ansatz der Feuerversicherungsbeiträge um 100.000 Schilling herabgesetzt werden. Die mit Stadtgesetz vom 13. Mai 1937 eingeführte Fahrabgabe ist entsprechend den bisherigen Ergebnissen mit 800.000 Schilling veranschlagt.

Die ebenfalls vom Abgabnamt verwalteten, aber bei den betreffenden Betrieben veranschlagten Müllabfuhr-, Wasserbezugs- und Kanalräumungsgebühren entsprechen mit zusammen 26.451.550 Schilling ungefähr dem Vorjahrsansatz (26.520.000 Schilling).

Die Ertragsanteile an den mit dem Bunde gemeinschaftlichen Abgaben können auf Grund des Voranschlagsentwurfes des Bundes mit 67.056.000 Schilling veranschlagt werden. Dies bedeutet gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1937 eine Steigerung um 5.730.210 Schilling. So erfreulich diese Tatsache ist, muss doch festgestellt werden, dass auch dieser höhere Ansatz nicht einmal die Hälfte des im Jahre 1930 der Stadt aus dem Titel der in Wien entrichteten gemeinsamen <sup>Abgaben</sup> Abgaben zugeflossenen Betrages von 137.619.318 Schilling erreicht.

Die eigenen Abgaben der Stadt, die Zuschläge zu den Bundesgebühren, die vorerwähnten Gebühren städtischer Betriebe und die Ertragsanteile ergeben einen Gesamtansatz von 212.403.550 Schilling (1937: 203.986.790 Schilling). Sie decken 60,2 Prozent des Gesamterfordernisses der laufenden Gebarung (1937: 57,6 Prozent).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am.....

Von den sonstigen Einnahmenansätzen des Finanzamtes sind der Höhe der Betrages nach noch bemerkenswert; die Abfuhr der städtischen Unternehmungen (32,300.000 Schilling gegen 32,315.000 Schilling), die Beiträge des Bundes, der städtischen Unternehmungen u. a. zum Anlehensdienst der Stadt (17,954.000 Schilling gegen 16,853.000 Schilling im Jahre 1937), die mit 3,048.500 Schilling veranschlagten Zinsen, die zum Grossteil (2,035.980 Schilling) für Anlage- und Betriebskapitalien eigener Betriebe errechnet sind, und endlich die mit 15,122.800 Schilling veranschlagten Wertabschreibungen, die zur Gänze eine blosse Durchführungspost darstellen.

Der Dienst für die titrierte Anlehensschuld rechnet mit einem Erfordernis von insgesamt 19,805.000 Schilling (1937: 18,603.800 Schilling). Die Tilgung der vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds in den Jahren 1919 bis 1922 geleisteten Baukostenbeiträge zu den städtischen Wohnhausbauten und die planmässige Abstattung der Hypothekarkredite nach dem Wohnbauförderungs- und Mietengesetz vom 14. Juni 1929 werden 1,447.250 Schilling (-70.000 Schilling) erfordern. Neu ist der Ansatz für die Tilgung und Verzinsung der auf Grund des Gesetzes vom 17. März 1937 betreffend die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern zugesagten Hypothekarkredite. Entsprechend dem Fortschritt dieser Bauten ist im Jahre 1938 mit einem Erlös aus den hierfür in Aussicht genommenen Hypotheken im Betrage von 3,017.000 Schilling zu rechnen. Für den Dienst dieser Hypotheken ist mit Rücksicht darauf, dass sie erst nach Fertigstellung der Bauten, also frühestens im <sup>zweiten</sup> Halbjahr anfallen können, im vorliegenden Voranschlag nur eine Halbjahresrate im Betrage von rund 90.000 Schilling vorgesehen. Zur vertragmässigen Tilgung der Schatzscheinschuld, deren Stand Ende 1936 68 Millionen Schilling betrug, sind 20 Millionen Schilling eingesetzt.

Das Wohlfahrtsamt rechnet mit Ausgaben von zusammen 100,091.180 Schilling (1937: 98,499.390 Schilling) und mit Einnahmen (Verpflegungskostenersatz, Elternbeiträge, Friedhofsgebühren u. a.) von 11,863.000 Schilling (1937: 11,744.400 Schilling).

Die städtischen Wohlfahrtsanstalten allein budgetieren ohne die Kinderheilanstalt San-Polagio einen Aufwand von 30,175.100 Schilling (1937: 29,596.200 Schilling). Hieron wird der Personalaufwand einschliesslich einer errechneten Pensionsquote für 3.765 Angestellte 16,080.600 Schilling erfordern (+ 165.800 Schilling), die Betriebserfordernisse, hauptsächlich Brennstoffe, Lebensmittel, Arzneien sind mit 11,071.100 Schilling (+ 247.300 Schilling) veranschlagt, die allgemeinen Unkosten mit 753.100 Schilling (- 17.600 Schilling) und die Erhaltungsauslagen einschliesslich Nachschaffungen und verschiedener baulicher Herstellungen mit 2,270.300 Schilling (+ 183.400 Schilling). Als erste Baurate für die Errichtung zweier neuer Pavillons in der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof ist der Betrag von 1,000.000 Schilling vorgesehen. Diese Neubauten sind angesichts des schon seit einer Reihe von Jahren bestehenden und überaus schmerzlich empfundenen Ueberbelages der Anstalt ein unbedingt Erfordernis. Der Voranschlag der Wohlfahrtsanstalten ist auf einen Normalbelag von zusammen 21.598 Betten aufgebaut. Die Bettenanzahl der Versorgungshäuser ist gegenüber 1937 um 208 höher angenommen. Die veranschlagten Verpflegstage belaufen sich auf 7,459.250 (gegen 7,131.480 des Voranschlages 1937). Hieron entfallen 43.800 Tage auf die <sup>im</sup> Jahre 1937 eröffnete Herberge für obdachlose Frauen, Mädchen und Mütter mit ihren Kindern.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

Die stärkere Heranziehung der eigenen Anstalten, auch des städtischen Seehospizes San Polagio ermöglicht eine Herabsetzung der für die Verpflegung in fremden Versorgungs- und Heilanstalten sicherzustellenden Beträge; es sind hierfür insgesamt 9,881.000 Schilling (1937: 10,552.000 Schilling) vorgesehen. Dagegen musste der Ansatz für die Unterbringung in Kinderpflegeanstalten und Kinderheimen von 2,300.000 Schilling auf 2,600.000 Schilling erhöht werden. Dies bedeutet gegenüber dem Jahre 1933 eine Erhöhung um mehr als 1,000.000 Schilling und beweist das innige Zusammenarbeiten der öffentlichen mit der privaten Jugendfürsorge.

Auch die offene Armenpflege musste wieder stärker bedacht werden. Der Voranschlag sieht hierfür einen Aufwand von 25,690.500 Schilling vor, davon allein 16,600.000 Schilling (+ 500.000 Schilling) für Erhaltungsbeiträge und 6,000.000 Schilling (+ 300.000 Schilling) für Pflegebeiträge. Hierzu kommen noch 1,337.000 Schilling (+ 300.000 Schilling) für die offene Armenkrankenpflege (Arzneien, Bandagen, Optikerwaren, Hebammen u. a.).

Der Stand der im Bezuge von Erhaltungsbeiträgen stehenden Armen ist in ununterbrochenem Ansteigen begriffen; er betrug Ende Juni 1937 55.163 Personen (gegen 42.432 Ende Dezember 1932). Pflegebeiträge wurden im Mai 1937 für 43.419 Kinder ausbezahlt.

Die Ansätze von 2,050.000 Schilling für Pflegegelder und von 2,300.000 Schilling für die Förderung der verschiedenen Hilfsaktionen - Winterhilfe, Jugendhilfswerk, Jugend in Not, Jugend in Arbeit u. a. - wurden unverändert belassen. Bedeutend erhöht wurde der Ansatz für Familienschutz und Familienfürsorge (700.000 Schilling gegen 400.000 Schilling). Mehranforderungen kleineren Ausmasses sind unter anderem festzustellen mit 10.000 Schilling bei der Säuglingswäsche, mit 15.000 Schilling für Fahrkosten für Jugendamtsschützlinge und Pflegestellenaufsicht ausserhalb Wiens und mit 9.000 Schilling bei den Tuberkulosenfürsorgestellen.

Die Kindergärten und Horte werden einschliesslich des Personal- und allgemeinen Sachaufwandes 4,809.240 Schilling kosten (1937: 4,692.330 Schilling). Die zweite Baurate für die Errichtung eines Kindergartens und Hortes in der auf dem Gebiete des Barackenlagers XL., Hasenleitengasse neu erstehenden Wohnsiedlung wird mit einem Betrag von 1,000.000 Schilling (Gesamtkosten 1,5 Millionen Schilling) angenommen. Für sonstige Bauten mit Wohlfahrtscharakter ist noch ein Betrag von 1,200.000 Schilling als II. Baurate für die Schaffung von Fürsorgeeinrichtungen in Stadttrandsiedlungen (Kindergärten, Horte, Seelsorgestationen, Mutterberatungsstellen u. a.) und ein Betrag von 630.000 Schilling für die Kosten der Errichtung von Tagesheimstätten im Anschluss an Familienasylbauten vorgesehen. Die Ausgestaltung des Krankentransportbetriebes (Erneuerung des Fahrparkes und bauliche Herstellungen in den Sanitätsstationen) erfordert 61.000 Schilling. - Als Gesamtausgabe für das Wohlfahrtswesen ergibt sich unter Einbeziehung aller in Betracht kommenden Gebarungen 116,590.950 Schilling. Die Summe erhöht sich, wenn auch die Kosten für die Fertigstellung der Familienasyle miteinbezogen werden, auf 117,520.950 Schilling.

Im Bereich des Wohnungsamtes veranschlagt die städtische Wohnhäuserverwaltung 1,196.340 Schilling (1937: 1,129.510 Schilling) für Personalbezüge und 14,761.540 Schilling (14,772.780 Schilling) für sachliche Betriebsverföhrnisse. Hierbei sind die Wertabschreibungen zu dem geringen Satz von 3/4 v. H. des Anlagewertes in Rechnung gestellt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am .....

Die Erträgnisse von Mietzinsen und Betriebskostenersätzen sind mit 17,094.490 Schilling (+ 158.500 Schilling) angesetzt, die Einnahmen der Wäscherei- und Badeanlagen mit 1,847.440 Schilling (- 18.060 Schilling).

Die Ausgaben für die Gewinnung von Wohnraum sind auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm verwiesen. Dort sind vorgesehen: 350.000 Schilling für die Adaptierung von sechs freigewordenen Schulen (100 neue Wohnungen), 2,955.700 Schilling als II. Baurate für das auf Grund des Kleinwohnungsförderungsgesetzes erstellte Programm 1937 (468 Wohnungen und 14 Geschäftslokale) und 5,164.000 Schilling für das Bauprogramm 1938 (596 Wohnungen), 600.000 Schilling für die Fertigstellung der Wohnhausbauten X., Triesterstrasse-Raxstrasse und V., Wiedner Hauptstrasse nächst St. Florian (zusammen 76 Wohnungen), 4,500.000 Schilling als II. Rate für den Bau der Wohnsiedlung auf den Gründen des Barackenlagers XI., Hasenleitengasse (900 Wohnungen) und schliesslich 930.000 Schilling als Restzahlung für die noch im Bau befindlichen Familienasyle. Die sonach zur Verbauung gelangende Summe beläuft sich auf 14,499.700 Schilling. Grundwerte sind hierin nicht enthalten.

Die technischen Betriebe-Strassenpflege-einschliesslich Kraftwagenbetrieb, Wasserversorgung, Kanalisation und Bäder- veranschlagen 15,502.510 Schilling (+ 230.970 Schilling) Personalbezüge, 6,748.070 Schilling (- 279.800 Schilling) Betriebsvermögens, 2,536.670 Schilling (+ 529.090 Schilling) allgemeine Unkosten und 4,335.000 Schilling (+ 40.400 Schilling) Erhaltungsauslagen ohne Wertabschreibungen. Vom Mehrerfordernis der allgemeinen Unkosten entfallen allein 250.000 Schilling auf die Finanzierung einer neuen Aktion, die die Auswechslung veralteter Klosette durch solche mit Wasserspülung vorsieht.

Bei den Einnahmen der Bäder musste darauf Bedacht genommen werden, dass der seit einer Reihe von Jahren zu beobachtende Rückgang nicht nur auf die Ungunst der Witterung allein zurückgeführt werden kann, sondern in der Bevorzugung der billigeren Bäder wie im Aufkommen der Badeausflüge auch eine bleibende Ursache hat. Die Einnahmen konnten daher nur mehr mit 3,490.770 Schilling festgesetzt werden. Sie reichen nicht aus, die Betriebsvermögens einschliesslich der ohnehin nur bei einem Teil der Bäder in Rechnung gestellten Wertabschreibungen zu decken.

Die Investitionen der technischen Betriebe sind mit insgesamt 6,141.100 Schilling veranschlagt. Davon entfallen 2,373.100 Schilling auf die programmässige Ausgestaltung der Wasserversorgungsanlagen, darunter die Vollendung des Lainzer Behälters, 2,050.000 Schilling auf die Fortführung der Assanierung und auf den Ausbau von Kanalisationsanlagen, 857.000 Schilling auf bauliche Ausgestaltungen, darunter die erste Rate für die Anlage eines Bootshafens und eines Wellenbades im Strandbad am Gänsehäufel und die Kosten für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Strandpromenade Nussdorf-Kahlenbergdorf und 861.000 Schilling auf die Anschaffung von Fahrzeugen, Müllabfuhrkübeln, Wassermessern und verschiedenen Geräten.

Für die laufende Erhaltung der Gärten, Strassen und Brücken wird einschliesslich des Personal- und allgemeinen Sachaufwandes 10,007.840 Schilling (+ 241.000 Schilling) erfordern. Die Neuherstellungen belaufen sich auf insgesamt 16,147.300 Schilling, wovon allein 15,100.000 Schilling auf den Strassenbau entfallen, und sind zum grössten Teil im Arbeitsbeschaffungsprogramm enthalten.

Für die Erhaltung der Amtshäuser stehen 1,000.000 Schilling, für Strassentafeln, Verkehrsanlagen, Verbesserung der Strassenbeleuchtung und Be-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am .....

kämpfung der Rauchplage 280.000 Schilling zur Verfügung.

Die für das Baugewerbe so bedeutungsvollen Aktionen des Assanierungs- und des Hausreparaturfonds werden fortgesetzt. Die seit 1934 aus Mittel der Stadt den beiden Fonds gegebenen Dotationen werden Ende 1937 den Betrag von rund 25 Millionen Schilling erreichen und ergeben einen Jahresdurchschnitt von 6.000.000 Schilling. Das Budget 1938 sieht eine Dotation von 8.300.000 Schilling vor, wovon 3.000.000 Schilling auf Finanzierung bereits erfolgter Zusagen und 5.300.000 Schilling auf neue Vorhaben entfallen.

Der Voranschlag der Märkte und Schlachthöfe schliesst mit einem Abgang von 279.580 Schilling, wozu noch 802.460 Schilling ausserordentliche Ausgaben kommen. Die Einnahmenansätze mussten mit Rücksicht auf das derzeitige Ergebnis auf 9.192.270 Schilling (- 739.000 Schilling) herabgesetzt werden. Die Lagerhäuser werden nach dem Voranschlag fast ausgeglichen abgeschlossen.

Bezüglich des Arbeitsbeschaffungsprogrammes ist zunächst festzustellen, dass durch die Vollendung ausschlaggebender Vorhaben wie Höhenstrasse, Wientalstrasse, Rotundenbrücke, Stadionbrücke, Wasserbehälter in Lainz, an und für sich eine gewisse Erleichterung gegeben gewesen wäre. Der noch immer sehr hohe Stand der Arbeitslosigkeit in Wien hat jedoch die Stadtverwaltung veranlasst, das Programm zu erweitern, indem sie von der Begünstigung des Kleinwohnungsförderungsgesetzes vom Jahre 1937 soweit als möglich Gebrauch macht, ein Entschluss, der bereits in der Debatte über den Voranschlagentwurf des Bundes für das Jahr 1938 gebührend anerkannt wurde. Ausser den sonstigen Vorhaben stehen für die Ausführung der beiden von der Wiener Bürgerschaft beschlossenen Kleinwohnungsbauprogramme 1937 und 1938 sowie für die II. Rate der im Jahre 1937 begonnenen Wohnsiedlung XI., Hasenleiten nach dem <sup>neuen</sup> Programm nicht weniger als 12.619.700 Schilling zur Verfügung. Hierzu kommen 1.880.000 Schilling für sonstige Wohnhausbauten einschliesslich Familienasyle und 7.187.000 Schilling für Zweckbauten. Für den Hochbau sind sonach insgesamt 21.686.700 Schilling vorgesehen. Dieser beträchtlichen Summe müssen noch die Millionenbeträge zugerechnet werden, die aus den durch Assanierungs- und Hausreparaturfonds geförderten zahlreichen Arbeiten den grossen und kleinen Wiener Betrieben im nächsten Jahre zufließen werden, die an der Bautätigkeit interessiert sind.

Von der Tatsache abgesehen, dass die Errichtung der erwähnten Bauten unabweisliche Erfordernisse befriedigen wird, hat die Erweiterung des Programmes in der Richtung des Hochbaues den Vorzug, dass gegenüber dem Strassen-, Brücken- und Tiefbau bei gleich hohen Aufwendungen eine Höchstzahl verschiedener Gewerbe beschäftigt werden kann. Neben der Möglichkeit, nunmehr auch tüchtige kleinere Baufirmen noch mehr zum Zuge kommen lassen und mit unmittelbaren Aufträgen bedenken zu können, dürfte damit auch eine besonders grosse Zahl von Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden können.

\*

Den zentralen Beschaffungsstellen (Baustoffbeschaffung, Heizwerkstätte, Dampfwäscherei, Beschaffungsangelegenheiten und Bäckerei) stehen für Ankäufe von Rohmaterialien und Fertigwaren Kredite von insgesamt 13.600.000 Schilling zur Verfügung. Ihre Regionen stellen sich einschliesslich der Kosten für die Kontrolle des wirtschaftlichen Verbrauches von Amtserfordernissen auf 2.784.210 Schilling.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am .....

Die Beträge, die der vorliegende Haushaltplan der Stadt Wien ohne Berücksichtigung der städtischen Unternehmungen - für Aufträge an Industrie, Handel und Gewerbe, sei es aus dem Titel der Arbeitsbeschaffung und für Investitionen, sei es für laufende Erfordernisse arbeitschaffender Art - bauliche Erhaltung, Nachschaffungen, Reparaturen und dgl. - bereitstellt erreichen die Summe von rund 93'5 Millionen Schilling, das ist fast ein Viertel des Gesamtetats.

\* \*

Gleichzeitig mit dem Voranschlag der Hoheitsverwaltung wurden vom Bürgermeister die von den Direktoren der städtischen Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Strassenbahn, Brauhaus, Leichenbestattung und Ankündigungsunternehmung) ausgearbeiteten Wirtschaftspläne zur Beratung übergeben.

## Gaswerke.

Dem Wirtschaftsplan für 1938 wurde eine dem laufenden Jahre entsprechende Gaserzeugung von 312 Millionen Kubikmeter gegen 268 Millionen Kubikmeter für 1937 zugrundegelegt. Die Steigerung ist auf den erhöhten Eigenbedarf der Ofenunterfeuerung zurückzuführen. Die zur Abgabe gelangende Gasmenge ist mit 245 Millionen Kubikmeter gegenüber 240 Millionen Kubikmeter im Vorjahre angenommen.

Der Voranschlag weist nach Vornahme entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und der Zuweisungen an die Rücklagen einen Gebarungüberschuss von 10'4 Millionen Schilling aus gegen 9'1 Millionen Schilling des Voranschlages für 1937.

Für Investitionen sind 5'9 Millionen Schilling vorgesehen, wovon 0'2 Millionen Schilling auf bereits in Ausführung begriffene Neuherstellungen entfallen.

## Elektrizitätswerke.

Der Strombedarf des Unternehmens wird im Wirtschaftsplan 1938 mit 505 Millionen Kilowattstunden gegen 485 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1937 veranschlagt. Hievon sollen rund 159 Millionen Kilowattstunden aus den eigenen, mit inländischer Kohle betriebenen Dampfkraftwerken und rund 346 Millionen Kilowattstunden aus österreichischen Wasserkraftwerken gedeckt werden (davon 245'7 Millionen Kilowattstunden durch Fremdstrombezug). Die für den Verkauf bestimmte Strommenge ist mit 365 Millionen Kilowattstunden gegenüber 352 Millionen Kilowattstunden im Voranschlag 1937 angesetzt.

Der Wirtschaftsplan weist nach Durchführung entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und Zuweisungen an Rücklagen einen Gebarrungsüberschuss von rund 10 Millionen Schilling gegenüber den für 1937 veranschlagten rund 10'7 Millionen Schilling aus.

Für Investitionen ist im Wirtschaftsplan ein Geldbedarf von rund 8'5 Millionen Schilling vorgesehen, worauf auf bereits in Ausführung begriffene Neuherstellungen rund 1'2 Millionen Schilling entfallen.

## Strassenbahnen.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 1938 sieht für den Strassenbahn- und Stadtbahnbetrieb eine Beförderungsleistung von 466 Millionen, für den Autobusbetrieb eine solche von 16'4 Millionen und für den Elektrobusbetrieb eine solche von 250.000 Fahrgästen vor. Diese Ziffern sind unter Bedachtnahme auf die Entwicklung der Frequenz im Jahre 1937 sowie unter der Annahme erstellt, dass die Tendenz dieser Entwicklung auch im Jahre 1938 anhält. Im Vergleiche zu den Ansätzen im Wirtschaftsplan pro 1937 von



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am.....

470 Millionen, bzw. 16'7 Millionen Fahrgästen ergibt sich ein Rückgang von rund 0'8 v.H., bzw. rund 1'8 v.H. Gegenüber den voraussichtlichen Erfolgswerten des Jahres 1937 bleiben aber die Annahmen für das Jahr 1938 beim Strassenbahn- und Stadtbahnbetrieb nur um rund 0'5 v.H. und beim Autobusbetrieb um rund 1'4 v.H. zurück.

Die Fahrleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn ist mit 123'2 Millionen Wagenkilometern angenommen. Gegenüber der Annahme für das Jahr 1937 mit 122'6 Millionen Wagenkilometer ergibt sich eine Erhöhung um 0'6 Millionen Wagenkilometer oder um rund 0'5 v.H. Die voraussichtliche Erfolgswert des Jahres 1937 wird infolge verschiedener kleinerer Verkehrsverbesserungen rund 123'2 Millionen Wagenkilometer betragen. Trotz des für das Jahr 1938 vorgesehenen Frequenzrückganges wird also die tatsächliche Fahrleistung des Jahres 1937 unverändert für das Jahr 1938 beibehalten. Auch beim Autobusbetrieb und beim Elektrobusbetrieb wird die vorgesehene geringere Frequenz keine Rückwirkung auf die Fahrleistung ausüben.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung auf der Strassenbahn und Stadtbahn werden auf rund 92'7 Millionen Schilling geschätzt, wogegen der Ansatz im Vorjahre 94'1 Millionen Schilling betrug. Der gewärtigte Einnahmefall beträgt also rund 1'3 Millionen Schilling - rund 1'4 v.H. Gegenüber der voraussichtlichen Einnahme im Jahre 1937 per rund 93'5 Millionen Schilling ergibt sich aber nur ein Rückgang von rund 0'8 Millionen Schilling = 0'85 v.H. Dass die Einnahme in einem höheren Prozentsatz abnimmt als die Beförderungsleistung, ist darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Fahrgäste, die die Strassenbahn nur für kurze Fahrten in Anspruch nehmen und daher einen geringeren Fahrpreis entrichten, noch immer zunimmt, so dass für das Jahr 1938 nur mehr mit einem Durchschnittsfahrpreis von 19' Groschen gerechnet werden kann. Beim Autobus- und Elektrobusbetrieb wird im Einklang mit dem erwarteten Frequenzrückgang die Einnahme von 4,655.800 Schilling auf 4,562.000 Schilling, bzw. <sup>von</sup> 39.000 Schilling auf 36.500 Schilling herabgesetzt.

Die Einnahme aus der Gepäck- und Hundebeförderung ist auf Grund der Erfahrungen des laufenden Jahres mit 920,400 Schilling eingesetzt, wogegen der Ansatz für das Jahr 1937 nur 840.100 Schilling betragen hat.

Der Wirtschaftsplan pro 1938 schliesst mit einem Gebarungsabgang von rund 6'96 Millionen Schilling ab. Der verhältnismässig geringe Umfang der Verschlechterung des Gesamtbildes gegenüber dem Wirtschaftsplan für 1937, in dem ein Gebarungsabgang von rund 6'94 Millionen Schilling ausgewiesen ist, ist lediglich den Bemühungen zu verdanken, dem geschätzten Einnahmefall durch Verminderung der Ausgaben zu begegnen. Die Schwierigkeiten, die bei der Anwendung dieses nächstgelegenen Hilfsmittels überwunden werden müssen, werden jedoch immer grösser.

Für Investitionen, Erneuerungen und Inventaranschaffungen ist ein Betrag von rund 5'7 Millionen Schilling vorgesehen gegen rund 8'3 Millionen Schilling im Jahre 1937. Die Senkung des Investitionsaufwandes ist der Hauptsache nach auf die im Jahre 1937 erfolgte Fertigstellung der Reichs-, Rotunden- und Stadionbrücken zurückzuführen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am.....

## B r a u h a u s .

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet mit einer Erzeugung von 140.000 hl und einem Verkauf von 131.600 hl. Bier. Die Einnahmen für Bier und Nebenprodukte werden mit 8.596.400 Schilling gegen 7.920.400 Schilling im Vorjahre präliminiert. Begründet wird diese Steigerung damit, dass der bei Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 1937 angenommene Rückgang des Bierabsatzes nicht im vollen Ausmasse eingetreten ist.

Der unter Berücksichtigung der erhöhten Gerstenpreise veranschlagte Gebarungsüberschuss beträgt 100.000 Schilling.

Für Investitionen sollen 310.000 Schilling aufgewendet werden.

## L e i c h e n b e s t a t t u n g .

Der Wirtschaftsplan der städtischen Leichenbestattung für das Geschäftsjahr 1938 gründet sich auf die Annahme, dass das Unternehmen 10.400 Bestattungsfälle auf ausschliesslich eigene Rechnung durchführen und in 7.300 Geschäftsfällen Teilleistungen an private Bestatter erbringen wird. Ausserdem wird mit 1.900 unentgeltlichen Leichenbegängnissen gerechnet.

Die Einnahmen aus der Leichenbestattung sind um rund 281.000 Schilling höher angenommen; der Gebarungsüberschuss ist mit 120.000 Schilling veranschlagt.

Für Investitionen und Inventaranschaffungen ist ein Betrag von 185.000 Schilling vorgesehen.

## A n k ü n d i g u n g s u n t e r n e h m u n g .

Die städtische Ankündigungsunternehmung rechnet damit, dass der im laufenden Geschäftsjahr erreichte Umsatz auch im Jahre 1938 erzielt werden wird. Der Gebarungsüberschuss beträgt 82.000 Schilling.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen enthalten insgesamt Investitionen von rund 20'5 Millionen Schilling. Die Beträge, die von den Ansätzen der laufenden Gebarung als unmittelbar arbeitsschaffend bezeichnet werden können, sind mit insgesamt 30 Millionen Schilling einzuschätzen. Unter Einrechnung der arbeitsschaffenden Ausgaben der Hoheitsverwaltung von rund 93'5 Millionen Schilling können sonach Industrie, Handel und Gewerbe mit einer Summe von 144 Millionen Schilling rechnen, die ihnen aus dem Haushalt der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen im kommenden Jahr in Form von Aufträgen zufließen wird.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 291

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 19. November 1937.

## Feierliche Einweihung der neuen Hauptschule in Aspern.

Donnerstag vormittag fand die feierliche Einweihung der neuerbauten Hauptschule für Knaben und Mädchen in Aspern statt. Hiezu hatten sich unter anderem eingefunden Bürgermeister Richard Schmitz, die Vizobürgermeister Lahr, Dr. Kresse und Waldsam, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder, in Vertretung des Unterrichtsministers Ministerialrat Dr. Battista, der geschäftsführende zweite Präsident des Stadtschulrates für Wien Hofrat Prof. Krasser mit den Landes- und Bezirksschulinspektoren, die Obersenatsräte Dr. Hornek und Dr. Maly, Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil mit den leitenden Beamten des Bauamtes, zahlreiche Räte der Stadt Wien, Bezirksvorsteher Hanisch, Bezirkshauptmann Dr. Skalitzky, Bezirksführer Meissner mit zahlreichen Amtswaltern der Vaterländischen Front, Vertreter der Elternschaft sowie der Lehrkörper und die Schüler und Schülerinnen der neuen Hauptschule.

Nachdem dem Bürgermeister in der Aula des prächtigen Schulhauses als Gruss der Jugend von Schulkindern ein Blumenstrauß überreicht worden war, begrüßte im Turnsaal Hofrat Prof. Krasser den Bürgermeister und die Festgäste und hob hervor, dass auch diese von der neuen Wiener Stadtverwaltung erbaute Schule ein richtiges Familienhaus sei, an dem auch das Herz mitgebaut habe, die Liebe zur Jugend, der das Haus gewidmet ist.

Von lobhaftem Beifall begrüßt, führte nun Bürgermeister Schmitz unter anderem aus: "Die Eröffnung einer neuen Schule ist ein Best familiärer, ja väterlicher Wärme, weil mit einer Schuleröffnung die Sehnsucht der Eltern, ihren Kindern eine möglichst gute Schule zu bieten, von der öffentlichen Verwaltung erfüllt wird. Die einzelnen Eltern können mit ganz wenigen Ausnahmen nicht selbst für die allseitige Ausbildung ihrer Kinder sorgen. Hier muss also die Aufgabe der Eltern von der öffentlichen Verwaltung übernommen werden. Das gilt im Besonderen für die neue Schule in Aspern, in deren Umgebung in der Nachkriegszeit Siedlungen entstanden sind, deren Häuser nicht immer den Ansprüchen einer auch nur primitiven Wohnpolitik entsprechen, in denen aber viele Kinder aufwachsen, die wie alle anderen Kinder von Wien die Träger unserer Hoffnung und unserer Zukunft sein müssen. Viele dieser Kinder hatten es bisher mit der Erfüllung ihrer Schulpflicht nicht leicht. Nun ist dieses prächtige Haus hier entstanden, das den Lehrern einen einwandfreien Unterricht ermöglicht und in den Schülern eine dauernde Erinnerung für ihr ganzes Leben hinterlassen soll.

Man hat einmal ein gefährliches Wort ausgesprochen, Man hat davon geredet, dass man Schulpaläste errichte und damit den Kindern, die ins Leben hinaustreten müssen, einen falschen Masstab mitgebe. Gewiss, ist es richtig, dass man die Menschen nicht an eine Umgebung gewöhnen solle, die zu ihrem tatsächlichen Leben in ungewöhnlichem Gegensatz steht. Wir haben hier keinen Schulpalast gebaut. Unsere neuen Schulen sind Schulhäuser, bei deren Bau man sich bemüht hat, sie zweckmässig zu errichten und ebenso zweckmässig auszustatten. Wir haben uns aber auch bemüht, die neuen Schulen mit Schönheit zu erfüllen. Schönheit ist nicht Prunk, ist nicht Luxus, ist nicht ein Privileg der Wohlhabenden, Schönheit ist unabhängig von Armut und Reichtum. Sehr viele reiche Leute gibt es, die keine Ahnung von Schönheit haben und sich mit Kitsch umgeben, hingegen gibt es arme Menschen, die nur ein einziges kleines, aber in sich wertvolles Stück, ein Bildchen oder eine kleine Statue oder sonst irgendetwas Schönes in ihrer Wohnung haben. Solche Liebe zum Schönen ist ein Kulturschatz, der viel wertvoller ist als eine Reihe mit

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

mehr oder weniger kitschigen Dingen angefüllter Salons. Der Sinn für einfache, echte und edle Schönheit soll in unseren Schulen den Kindern durch das Erleben zum unverlierbaren Besitztum für ihr ganzes Leben werden. Das ist der Grund, weshalb wir in unseren Schulen durch die schöne Ausgestaltung der Räume unauffällig, aber eindringlich das Verständnis und die Liebe zum Schönen in den Kindern wecken wollen.

Eine andere Besonderheit unserer neuen Schulen ist die Verbundenheit des Menschenwerkes mit der Natur. Was Wien den einzigartigen Reiz der Schönheit gewährt, wie ihn keine andere Millionenstadt besitzt, das ist die eigentümliche Verbundenheit des technischen und sonstigen Könnens und Schaffens aus dem Willen und der Willkür des Menschen heraus mit der Natur, die der Mensch zwar in einem gewissen Umfange regeln kann, die er aber nirgends und niemals zu schaffen vermag. Die in der Natur wirkende Kraft kommt **oben** von einem Höheren, der durch seine Gesetze unser ganzes Leben ordnet, soweit nicht der Trotz des Menschen sich widersetzt. Gerade Wien muss aus seinem eigensten Wesen heraus bemüht sein, eine wahrhaft christliche Stadt zu sein und zu werden (Beifall). Daher freue ich mich ganz besonders, dass diese Schule, die inmitten eines zum Teile auch der Landwirtschaft dienenden Gebietes liegt, die sozusagen eine Landschule der Millionenstadt ist, den Stempel der bewussten Verbundenheit des menschlichen Wirkens mit der Natur trägt."

In seinen weiteren Ausführungen verwies der Bürgermeister auf die grossen Schwierigkeiten, die nun in den ungerogelt entstandenen Asperner Siedlungen der Organisierung des Gemeinschaftslebens im Wege stehen. Mehr als ein Jahrzehnt lang habe man sich um diese Dinge nicht oder zu wenig gekümmert. Nun sei es sehr schwer, diese alten Versäumnisse aufzuholen. Das Rathaus werde sich darum mit voller Hingabe bemühen. Der erste Schritt, die wichtigste und dringlichste Einrichtung, sei mit dem Bau der neuen Asperner Schule bereits geschehen, weitere Schritte werden allmählich folgen. Der Bürgermeister dankte zum Schlusse allen am Schulbau Beteiligten und schloss: "Ich grüsse in dieser festlichen Stunde die Kinder, die jetzt und künftighin diese Schule besuchen werden, die Lehrer, die hier wirken, die Eltern, die durch ihre Kinder mit diesem Haus verbunden sind und verbunden bleiben. Mein Gruss gilt auch dem Bezirksteil, der mit dieser Schule einen seiner heissesten Wünsche erfüllt erhalten hat, er gilt der ganzen Stadt Wien und unserem heissgeliebten Vaterlande Oesterreich!" (Stürmischer Beifall).

Ministerialrat Dr. Battista überbrachte nun die Grüsse des Unterrichtsministers, **Schulkinder** sangen sodann den Chor "Lobt froh den Herrn", worauf Rat der Stadt Wien Monsignore Schneider den Weiheakt vornahm. Nach einem von fünf Schulkindern aufgeführten Sprechchor wurde die erhebende Feier mit der Absingung der Bundeshymne und des Liedes der Jugend beendet, worauf die Festgäste die vorbildliche Anstalt besichtigten, die allgemeine Bewunderung fand.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

## Freie Arztstelle.

An der internen Abteilung im Mautner Markhof'schen Kinderspital ist die Stelle eines Assistenzarztes zu besetzen. Der Monatsbezug beträgt 356'25 Schilling und erhöht sich einmal nach den ersten zwei Dienstjahren um 10'45 Schilling. Hiezu kommt ein Wohnungsgeldzuschuss von monatlich 33 Schilling, der jedoch bei Einräumung einer Dienstwohnung entfällt. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 5889/37 zu versehen und mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen bis 30. November bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Neuen Rathaus einzubringen.

-----

## Filmvorführungsstelle der Stadt Wien.

Bei der Filmvorführungsstelle des Besonderen Stadtaamtes II wurden in der letzten Woche 38 Filme, davon 15 Grossfilme, zur Begutachtung vorgeführt, von denen auf Grund des Gutachtens des Filmbeirates 33 ungekürzt und 5 mit Kürzungen die Vorführungsbewilligung erhielten. 25 Filme, davon 6 mit Kürzungen, wurden auch zur Vorführung vor Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zugelassen, unter diesen die Grossfilme "Der Pfarrer von Kirchfeld", "Schwert des Friedens", "Florontine", "100 Männer um ein Mädel (in deutscher Sprache)", "Ewiger Wald", "Wiener Fiakerlied (Der letzte Fiaker)" und "Ein Volksfeind".

-----

## Der Rout im Rathaus.

Morgen, Samstag, findet in allen Sälen und in der Volkshalle des Rathauses zugunsten der unter der Führung der Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, stehenden grössten Wiener Tisch-Aktion "St. Josefstisch für die Aermsten der Armen" unter der Devise "Wienerabend im Rathaus" ein grosser Rout statt, an dem die Bundesregierung, das diplomatische Korps und die Spitzen der Wiener Gesellschaft teilnehmen werden. Den Mittelpunkt dieser echt-wienerischen, der Wohltätigkeit dienenden Veranstaltung bildet eine sorgfältig zusammengestellte <sup>Künstler</sup> / -Akademie in der Volkshalle. Im Grossen Festsaal wird die Kapelle I.W. Ganglberger der Jugend zum Tanz aufspielen, während in dem als Heurigen eingerichteten Kleinen Saal das Schrammel-Quartett Pepi Wichart mit seinen Stimmungssängern für Unterhaltung sorgen wird. Die Künstler-Akademie in der Volkshalle beginnt nach dem Cercle in den übrigen Festsälen.

Die Säle werden für die Festgäste bereits um 19 Uhr 30 geöffnet. Mit Rücksicht auf das Erscheinen des Herrn Bundespräsidenten wird um pünktliches Eintreffen der Gäste gebeten.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

292

Wien, am 20. November 1937.

## Wiener Winterhilfe und Josefstisch-Aktion.

Vom 22. bis einschliesslich 26. November werden in den Fürsorgeämtern erstmalig die Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe, und zwar für Dezember, ausgegeben. Die Ausspeisung selbst beginnt Montag, den 29. November. Personen, die sich um diese Speiseanweisungen bewerben wollen, haben sich nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens an den nachfolgenden Tagen im Fürsorgeamte ihres Wohnbezirkes während den Parteienstunden einzufinden: A bis D am 22. November, E bis H am 23. November, J bis L am 24. November, M bis P am 25. November und Q bis Z am 26. November. Bewerben können sich nur jene Personen, die ein Fürsorgebuch der Gruppe A oder B besitzen. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, der Arbeitslosennachweis, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldennachweis sämtlicher im Fürsorgebuch verzeichneten, eigenberechtigten Personen.

## Josefstisch-Ausspeisung vom 29. November an.

Gleichzeitig mit der Ausgabe der Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe erfolgt die Ausgabe der Speiseanweisungen für die Aktion "Josefstische". Die Ausspeisung selbst beginnt gleichfalls am 29. November. Personen, die ein Fürsorgebuch besitzen, können sich nach der gleichen Einteilung, wie sie für die Ausgabe der Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe festgesetzt ist, um die Teilnahme an der Aktion "Josefstische" bewerben. Ein Anspruch auf die Teilnahme an der Aktion "Josefstische" besteht nicht. Familien mit grösserer Personenanzahl werden bevorzugt. Für je eine Mahlzeit ist ein Regiebeitrag von zehn Groschen in der Abgabestelle zu bezahlen.

An den gleichen Tagen und in der gleichen Einteilung werden wie bisher an Fürsorgebuchbesitzer der Gruppen A und B, wenn sie für Kinder unter 15 Jahren zu sorgen haben, Anweisungen auf Wohlfahrtsmilch für Dezember ausgegeben.

-----

## Hubertusfeier des städtischen Forstpersonales.

Wie alle Jahre feierte auch heuer das Forstpersonal der Stadt Wien in Hinter-Nasswald an der Rax eine Hubertusfeier, an der auch die Jagdpächter der städtischen **Reviere** und viele Weidmänner der Umgebung teilnahmen. Nach einer hl. Messe in der Hubertuskapelle würdigte Pfarrer **Bribitzer** aus Schwarza im Gebirge die Bedeutung des Schutzpatrons der "Grünen Gilde" und legte in ergreifenden Worten den tiefen Sinn der Hubertus-Legende aus.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 293  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 20. November 1937

## Kundgebung des österreichischen Verbandes Familienschutz.

Der Österreichische Verband Familienschutz hat in seiner unter dem Vorsitz des Verbandsobmannes, Bürgermeister Schmitz, Freitag stattgefundenen Hauptleitungssitzung nachstehende Entscheidung gefasst:

Der österreichische Verband Familienschutz hat mit besonderer Genugtuung die Vorlage der Bundesregierung betreffend die Begünstigung kinderreicher Familien bei der Bemessung der Personaleinkommensteuer zur Kenntnis genommen und begrüsst diese Vorlage als den ersten Schritt zu einem Ausbau der bestehenden familienfreundlichen Bestimmungen unserer Steuergesetzgebung. Der Verband verweist darauf, dass diese Vorlage die Durchführung eines von ihm seit Jahren verfolgten Programmpunktes bedeutet und dass die leitenden Funktionäre in vielen Vorgesprächen bei den zuständigen Referenten der Zentralstellen auf die Notwendigkeit einer derartigen Massnahme hingewiesen haben.

Der Verband behält sich vor, mit weitergehenden, die Steuergesetzgebung betreffenden Vorschlägen an die zuständigen Stellen heranzutreten.

Dem Obmann des Verbandes, Bürgermeister Richard Schmitz, wird der aufrichtigste Dank der Hauptleitung dafür ausgesprochen, dass er die Geschäftsführung des Verbandes durch sein besonderes Entgegenkommen in die Lage versetzt hat, die Mithilfe der zuständigen Stellen der Wiener Stadtverwaltung in allen Verbandsangelegenheiten in Anspruch nehmen zu können.

Der österreichische Verband Familienschutz hat Kenntnis erhalten, dass Bestrebungen im Gange sind, die Verheiratung weiblichen Angestellter in öffentlichen Diensten durch ein neues Gesetz zu ermöglichen.

Obwohl sich der Verband der Erwägung nicht verschliesst, dass in einzelnen Fällen das Ausscheiden weiblicher öffentlicher Angestellter aus dem Dienstverhältnis im Falle der Verheiratung eine gewisse Härte beinhaltet, sieht er sich in Wahrung wesentlicher Grundsätze der Familienpolitik veranlasst, vor einer Aufhebung der derzeit bestehenden Bestimmungen nachdrücklichst zu warnen.

Die praktische Erfahrung lehrt, dass solche Ehen in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle kinderlos geblieben sind und dass in den übrigen Fällen das Einkindsystem vorwiegt.

Vom Standpunkte der Förderung der Familiengründung und der Bekämpfung des Geburtenrückganges weist der Verband darauf hin, dass in erster Linie die unzulängliche Bezahlung der <sup>jüngeren</sup> öffentlichen Angestellten, insbesondere der Vertragsangestellten des Bundes und der Länder, deren Bezüge vielfach unter dem Existenzminimum liegen, die Ursache der bedauerlichen Uebelstände sind. Die in dieser Hinsicht bestehenden Schwierigkeiten sollen aber nicht dadurch bekämpft werden, dass man eine vernünftige und bewährte Einrichtung aufhebt, sondern dadurch, dass man die unzulänglichen Bezüge regelt, die Ehegründung durch finanzielle Hilfe fördert, den ausscheidenden weiblichen Angestellten Abfertigungen gewährt, die eine wesentliche Beihilfe zur Gründung eines Haushaltes bedeuten würden, und schliesslich die Kinderzulagen in einem Ausmasse erhöht, das den Kinderreichtum nicht als Strafe empfinden lässt.

Jedoch muss auch verlangt werden, dass, um dem Sinn und Zweck des Eheverbotes in allen Belangen gerecht zu werden, Stellen, die durch das Ausscheiden von weiblichen Angestellten infolge Verheiratung frei werden, mit jungen Bewerberinnen oder Bewerberinnen tatsächlich wieder besetzt werden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

294

Dritte Ausgabe

Wien, am 20. November 1937.

## Der Rout zugunsten der Josefstische im Rathaus.

Heute abend veranstalteten zugunsten der Josefstisch-Aktion Bürgermeister Richard Schmitz und Frau in den mit Blumen und Blattpflanzen reich geschmückten Festsälen des Rathauses unter der Devise "Wiener Abend im Rathause" einen Rout. Den Mittelpunkt der glänzenden Veranstaltung bildete eine Festakademie in der Volkshalle, dessen erlesenes Programm von Staatsopernsängerin Esther Rethy, Burgschauspielerin Inge v. Loddihn, Kammer- sänger Alfred Jorger, Burgschauspieler Regisseur Philipp v. Zoska, Schlager- komponist Herman Leopoldi mit Betja Milskaja, Schauspieler Erich Dörner und dem Boheme-Quartett bestritten und von Dr. Karl Denk angesagt wurde. Die mu- sikalische Begleitung besorgte Solo-Gesangskorrepetitor Willy Loibner. Alle Darbietungen wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen, ebenso die Vorträge des Konzertorchesters I. W. Ganglbörger, das im Festsaal der Jugend zum Tanz aufspielte. In dem als Hourigen eingerichteten Kleinen Saal sorgte das Schrammelquartett Popi Wichart mit seinen Stimmungssängern für fröhliche Unterhaltung.

## Das gesellschaftliche Bild.

Schon lange vor 8 Uhr begann die Auffahrt der Festgäste, die in festlicher Stimmung über die Feststiegen in die Festsäle strömten. Im grossen Festsaal empfangen Bürgermeister Schmitz und Frau mit Tochter die Gäste. Um 8 Uhr 45 betrat unter den Klängen der Bundeshymne Bundespräsident Miklas mit Gemahlin den Saal, wo sich bereits eingefunden hatten: Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, die Bundesminister Dr. Resch, Dr. Pernter, Glaise-Horstenau und Dr. Neumayer, Präsident des Bundestages Graf Hoyos, die Staatssekretäre Zehner und Rott, das diplomatische Korps, Bundesminister a. D. Präsident der Nationalbank Dr. Kienböck, Bundesminister a. D. Präsident der Bundesbahnen Stockinger,

die Vizebürgermeister Lahr, Dr. Kresse und Waldsam, Magi- stratsdirektor Dr. Hiessmanner, die Räte der Stadt Wien, die leitenden Beam- ten des Magistrates und die Unternehmensdirektoren, Vertreter der hohen Beam- tenschaft, Richter und Staatsanwälte, prominente Vertreter der Wissenschaft und Kunst, zahlreiche hohe Militärs, viele Vertreter der gesetzgebenden Körper- schaften, führende Persönlichkeiten der Wirtschaft und die Spitzen der Wie- ner Gesellschaft.

Das Gesamtarrangement der wohl gelungenen Veranstaltung besorgte Magistratssekretär Dr. Schönbauer vom Präsidialbüro der Stadt Wien.

## Bürgermeister Schmitz in der italienischen Städtebauausstellung.

Heute besuchten Bürgermeister Richard Schmitz und Frau die italienische Städtebauausstellung in der Sezession, wo er vom Präsidium der Sezession und der Ausstellungsleitung empfangen wurde. Zur Begrüssung des Bürgermeisters hatten sich auch der italienische Gesandte Senator Salata und mehrere Herren der Gesandtschaft eingefunden.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 295  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 22. November 1937.

## Die Lebensmittelzufuhren auf den Wiener Märkten.

Wie die städtische Marktams-Direktion berichtet, langten auf den Wiener Märkten in der letzten Woche ein 18.879 Zentner Grünwaren, um 2.069 Zentner weniger als in der Vorwoche, 10.528 Zentner Kartoffeln, um 2.937 Zentner weniger als in der Vorwoche, 1.193 Zentner Agrumen, um 1.051 Zentner mehr als in der Vorwoche, 20 Zentner Pilze, um 1 Zentner weniger als in der Vorwoche, 228 Zentner Butter, um 9 Zentner weniger als in der Vorwoche, und 865.000 Stück Eier, um 39.000 Stück mehr als in der Vorwoche. An Auslandsgemüse lieferten Belgien Bleichsellerie, Bulgarien Paprika, die Canarischen Inseln Tomaten, Deutschland Kren, Frankreich Artischocken, Italien Kochsalat, Fenchel, Tomaten, Fisolen, Erbsen, Artischocken, Knoblauch und Karfiol, Ungarn Kohl und Kren, an Auslandsobst Bulgarien Trauben, Italien Aepfel, Birnen, Maroni und Bananen, Jugoslawien Trauben und die Tschechoslowakei Birnen.

Auf dem Rinderhauptmarkt war lebhafter, auf dem Schweinehauptmarkt schleppender Geschäftsverkehr. Die Gesamtbahnezufuhren in der Abteilung für Fleischwaren der Grossmarkthalle betragen in der Berichtswoche 59'6 Tonnen, um 11'8 Tonnen weniger als in der Vorwoche. Im Grosshandel war der Verkehr ziemlich schleppend.

Auf dem Zentralfischmarkt wurden insgesamt 45.954 Kilogramm Fische zugeführt, darunter 18.000 Kilogramm lebende Karpfen aus Niederösterreich.

-----

## Vortrag des Vizebürgermeisters Lehr in der Urania.

Kommenden Samstag um 19 Uhr 30 spricht Vizebürgermeister Major a. D. Lehr in der Wiener Urania über "Warum liegt Wien nicht an der Donau?" Der Vortragende wird versuchen, auf diese Frage, die sich vielen Fremden und Einheimischen angesichts der eigenerartigen Lage Wiens zum Donaustrom aufdrängt, Antwort zu geben. Geologische, geographische, geschichtliche und technische Gesichtspunkte waren und bleiben auch in der Zukunft für die Beurteilung dieses Fragenkomplexes massgebend, zu dessen Lösung der Vortragende einen wesentlich richtungsgebenden Beitrag liefern wird.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

296

Wien, am 23. November 1937.

## Die Bevölkerungsbewegung in Wien im September 1937.

Nach dem Monatsausweis der Magistratsabteilung für Statistik kamen im heurigen September in Wien 821 Kinder lebend zur Welt. Von den Lebensgeburten waren 407 Knaben und 414 Mädchen, 648 eheliche und 173 uneheliche Kinder.

Von der Wiener Wohnbevölkerung starben im Berichtsmonate 1.735 Personen, und zwar 848 männlichen und 887 weiblichen Geschlechtes. Als hauptsächlichste Todesursachen wurden in 356 Fällen Krebs und andere bösartige Geschwülste, in 310 Fällen Herzkrankheiten, in 161 Fällen Krankheiten der Atmungsorgane und in 145 Fällen Tuberkulose angegeben. 101 Personen, und zwar 53 Männer und 48 Frauen, verübten Selbstmord.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im Berichtsmonate von der Wiener Wohnbevölkerung 39 Säuglinge, davon 28 im ersten Lebensmonate, starben.

Der Geburtenabgang betrug im September 914; er ist gegenüber September 1936 um 32 und gegenüber August dieses Jahres um 64 höher.

Die Statistik meldet ferner im Berichtsmonate 1.063 Eheschließungen der Wiener Wohnbevölkerung.

\*

## Aus der offenen Fürsorge der Stadt Wien.

Wie aus den Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien weiter hervorgeht, gab die Stadt Wien im vergangenen September in der sogenannten offenen Fürsorge für Erhaltungsbeiträge und Geld- sowie Sachaushilfen zusammen 1.557.322 Schilling aus. 56.101 Personen erhielten Erhaltungsbeiträge und 18.994 Personen Geld- oder Sachaushilfen. Ferner wurden 41.974 Personen mit Pfllegebeiträgen und 5.078 Personen mit Pfllegegeldern beteiligt. Ueberdies gab die Stadt Wien im Berichtsmonate noch 28.642 Lebensmittelpakete aus. Diese drei Zweige der offenen Fürsorge beanspruchten zusammen den Betrag von 696.427 Schilling. Insgesamt gab die Stadt Wien für diese Teile der Fürsorge allein 2.253.749 Schilling aus.

Neben dieser Fürsorge für Erwachsene erhielten im Berichtsmonate durch die sogenannte Mittagsausspeisung 2.792 Kindergartenkinder, 1.510 Hortkinder und 5.165 Schulkinder insgesamt 248.242 Speiseportionen. Dabei ist bemerkenswert, dass von den 5.165 Schulkindern nicht weniger als 4.987 vollkommen unentgeltlich an dem Mittagstisch teilnahmen.

\*

## Die Leistungen der städtischen Unternehmungen.

Die Wiener städtischen Elektrizitätswerke erzeugten im September 41.225.000 Kilowattstunden Strom, die städtischen Gaswerke 26.353.000 Kubikmeter Gas. Die städtischen Strassenbahnen fuhren im Berichtsmonate 10.165.000 Wagenkilometer, die städtischen Autobusse 318.000 Wagenkilometer. Die Strassenbahnen beförderten in diesem Monat 39.473.000, die städtischen Autobusse 1.390.000 Fahrgäste.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

297

Wien, am 24. November 1937.

## Nacheichung von Massen, Waagen und Gewichten.

Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:

Um Beanstandungen der Gewerbetreibenden wegen nicht fristgemässer Nacheichung zu vermeiden, wird in Erinnerung gebracht, dass es den Gewerbetreibenden, die in ihren ständigen oder zeitweiligen Verkaufsstätten nach Mass und Gewicht zumessen, untersagt ist, in diesen Verkaufsstätten ungesetzliche, also nicht metrische Masse und Gewichte, sowie metrische, jedoch nicht geeichte oder nicht rechtzeitig nachgeeichte Masse und Gewichte, ferner den bestehenden Eichvorschriften nicht entsprechende Waagen aufzubewahren, wenn auch diese Gegenstände nicht zur Anwendung im öffentlichen Verkehre bestimmt sein sollten.

Mit 1. Jänner 1938 müssen bereits der Nacheichung unterzogen sein:

Alle Längenmasse, Hohlmasse für trockene Gegenstände, metallene Flüssigkeitsmasse und Transportgefässe für Milch, Brennholzmasse, dann alle eichpflichtigen Weinfässer, in denen den Käufern Weine geliefert werden, die als erste Eichung oder letzte Nacheichung den Eichstempel des Jahres 1934 oder eines vorangegangenen Jahres tragen.

Alle Gewichte und Waagen, hölzerne Flüssigkeitsmasse, Milchgefässe mit Messstab, Maischbottiche, Ledermessmaschinen und Biertransportfässer, die als Nachweis der ersten Eichung oder letzten Nacheichung den Eichstempel des Jahres 1935 oder eines vorangegangenen Jahres tragen.

Messapparate für Petroleum und für andere einer starken Verdunstung unterliegende Flüssigkeiten sind je nach ihrer Konstruktionsart vor Ablauf von je zwei oder fünf Jahren nacheichungspflichtig. Bei Betriebsmessvorrichtungen (Benzinabfüllapparaten) mit Messgefässen ist die Nacheichungsfrist mit zwei Jahren und bei Messpumpen sowie Durchlaufzählern für Betriebsstoffe mit einem Jahr festgesetzt.

Eichpflichtige Gegenstände sind von dem Eigentümer vor Ablauf der Nacheichungsfristen dem Eichamte zur Amtshandlung zu übergeben. Feststehende oder schwer transportierbare Eichobjekte werden vom Eichamte auf Ersuchen der Eigentümer im Standorte geprüft. Die Parteien haben in diesem Falle auch für die Beförderung der benötigten Hilfsgeräte auf eigene Kosten zu sorgen. Wenn die Eichung im Standorte vorgenommen wird, ist neben der tarifmässigen Eichgebühr noch ein Zuschlag von 20 von Hundert, mindestens jedoch der Betrag von 6 Schilling zu entrichten.

Bei Eichgegenständen, die Mängel, Beschädigungen und dergleichen aufweisen, ist vor Ansprechung der eichamtlichen Behandlung die notwendige Reparatur zu veranlassen.

Das Marktamt wird mit Beginn des neuen Jahres mit den mass- und gewichtspolizeilichen Revisionen einsetzen.

## Filmvorführungsstelle der Stadt Wien.

Bei der Filmvorführungsstelle des Besonderen Stadtamtes II wurden in der letzten Woche 40 Filme, davon 8 Grossfilme, zur Begutachtung vorgeführt, von denen auf Grund des Gutachtens des Filmbeirates 36 ungekürzt und 3 mit Kürzungen die Vorführungsbewilligung erhielten. 26 Filme, davon 3 mit Kürzungen, wurden auch zur Vorführung vor Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zugelassen, unter diesen der Grossfilm "Zigeunerprinzessin."

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 298  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 25. November 1937.

## Auflegung des Voranschlages der Stadt Wien 1938 zur allgemeinen Einsicht.

Im Sinne der Bestimmungen der Stadtordnung liegt der Entwurf des Voranschlages der Stadt Wien für das Jahr 1938 vom 28. November bis einschliesslich 4. Dezember an Werktagen von 8 Uhr bis 13 Uhr und Sonntag, den 28. November, von 9 Uhr bis 12 Uhr im Neuen Amtshaus, Parterre, Tür 9 (Eingang 1., Rathausstrasse 14/16) zur öffentlichen Einsicht auf.

Ueber diese gesetzliche Verpflichtung hinaus hat Bürgermeister Richard Schmitz angeordnet, dass der Voranschlagsentwurf auch in jeder Bezirkshauptmannschaft vom 29. November bis 4. Dezember zur öffentlichen Einsicht während der normalen Amtsstunden aufgelegt wird, um die Einschaumöglichkeiten zu erweitern und zu erleichtern.

In allen Auflegungsstellen werden zum Gegenstand gehörige mündliche oder schriftliche Erinnerungen der Gemeindeglieder entgegengenommen.

-----

## Vizebürgermeister Lahr in der Urania.

Uebermorgen, Samstag, um 19 Uhr 30 spricht Vizebürgermeister Major a. D. Lahr in der Wiener Urania über das äusserst interessante Thema "Warum liegt Wien nicht an der Donau?".

-----

## Gleichenfeier bei zwei neuen städtischen Wohnbauten.

Die Stadt Wien errichtet mit Hilfe des Kleinwohnungsbauförderungs-gesetzes/unter anderem/im 2. Bezirk in der Wehlstrasse und im 5. Bezirk in der Gassergasse je einen Wohnhausbau. Die beiden neuen Wohnhäuser werden zusammen 117 Wohnungen enthalten. Die Bauarbeiten haben nunmehr die Hauptgleiche erreicht, die übermorgen, Samstag, beim Bau Wehlstrasse um 9 Uhr 30 und beim Bau Gassergasse um 10 Uhr 30 gefeiert wird.

-----

An die Kollegen Kommunalredakteure:

Der morgige Vortrag des Leiters des städtischen Wohlfahrtsamtes Obersenatsrates Dr. Maly im n. ö. Gewerbeverein über "Neuzeitliche Gestaltung des Wiener städtischen Wohlfahrtswesens" wird morgen, Freitag, zeitgerecht von uns ausgesendet.

F. X. F r i e d r i c h .

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 299

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 26. November 1937.

## Neuzeitliche Gestaltung des Wiener städtischen Wohlfahrtswesens.

Der Leiter des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien Obersenatsrat Dr. Ludwig Maly sprach heute abend in der Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines über "Neuzeitliche Gestaltung des Wiener städtischen Wohlfahrtswesens". Der Vortragende führte unter anderem aus, dass die neue Wiener Stadtverwaltung dem Grundgedanken der sozialen Gerechtigkeit, die die Gesellschaft allen ihren Gliedern gegenüber anzuwenden hat, das Gebot der christlichen Nächstenliebe zur Seite stellt; sie besinnt sich auf die natürlichen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft, auf Ehe und Familie, und betont die Bedeutung des Seelisch-Sittlichen für die Gesundheit des sozialen Körpers. Damit hat die Wiener Stadtverwaltung an die Grundgedanken angeknüpft, die schon dem Wirken Dr. Luegers ihr Gepräge gaben. Aus dieser Einstellung heraus hat Bürgermeister Richard Schmitz an alle Mitarbeiter in der Wohlfahrtspflege einen Erlass gerichtet, in dem er seiner zuversichtlichen Erwartung Ausdruck gibt, dass alle Organe des Wiener Wohlfahrtswesens gemäss dem Gebote der christlichen Nächstenliebe den Parteien freundlich begegnen und sich stets bewusst sein werden, dass die Mehrzahl der Befürsorgten unverschuldet in Not geraten ist.

### Sanierung der Familie.

Wer sich der Bedeutung einer gesunden und zahlreichen Bevölkerung sowie eines tüchtigen Berufsnachwuchses bewusst ist, wird schon heute die Bedeutung der Bemühungen um die wirtschaftliche, soziale und sittliche Sanierung der Familie ermessen. Wie wichtig eine solche Familien- und Bevölkerungspolitik ist, zeigt ein Blick auf die Bewegung der Wiener Geburtenziffern. Um die Jahrhundertwende gab es in Wien noch 30 Lebendgeborene innerhalb eines Jahres auf tausend Einwohner. Die Geburtenziffer betrug in den Jahren vor dem Kriege nur mehr rund 18, nach dem Weltkrieg im Jahre 1922 beiläufig 16 und fiel seither auf 5¼ im Jahre 1936, womit Wien die geburtenärmste Stadt der Welt geworden ist. 10.275 Geburten stehen 23.669 Todesfälle gegenüber!

Diese betrübliche Erscheinung ist aber in ihrer Bedeutung bisher von weiten Kreisen nicht genügend erkannt worden. Man pflegt den Geburtenrückgang meist bloss als eine Folge der wirtschaftlichen Notstände aufzufassen und tröstet sich damit, dass er von selbst einer stärkeren Geburtenlichkeit Platz machen werde, sobald sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern. Diese Anschauung ist verfehlt. Der Geburtenrückgang führt aus mannigfachen Gründen nur zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notstände, ja auf vielen Gebieten ist geradezu einwandfrei festzustellen, dass er die Hauptursache der Krise ist. So wird auch die Arbeitslosigkeit nicht etwa, wie vielfach angenommen wird, durch den Geburtenrückgang gebessert, sondern gerade in der empfindlichsten Weise verschlimmert.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, sind die bevölkerungspolitischen Massnahmen der Stadt Wien, unter denen die Familienfürsorge, die Ehe- und Schwangerschaftsberatung einen ganz besonders wichtigen Platz einnehmen, von hoher wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Aufgabe der Familienfürsorge ist die erweiterte Fürsorge für kinderreiche Familien, eine Fürsorge, die über das Mass der gesetzlichen Armenpflege hinausgeht. Ihr oberster Grundsatz ist, die Familie vor Zerreissung zu bewahren. Da es sich ausschliesslich um Fürsorgebedürftige handelt, kann der Gesichtspunkt der Erbgesundheit nicht an erste Stelle gestellt,

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

sondern nur insoweit berücksichtigt werden, als er durch die Forderung sozialer und sittlicher Einwandfreiheit sich von selbst ergibt. Zu den wichtigsten Massnahmen der Familienfürsorge gehört die Sicherung des Obdaches und die Vermittlung von Arbeit, weil bei den sozialen Notständen der kinderreichen Familien Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit im Vordergrund stehen. Die Fürsorge für die von Obdachlosigkeit und damit von der Zerreissung bedrohten Familien führte zur Schaffung der schon bekannten Familienasyle mit mehr als tausend Wohnungen. Ist mit der Wohnungszuweisung an eine Familie die Sicherung für den Bestand der Familie gegeben, so gilt die nächste Sorge der Arbeitseinstellung der Familienerhalter. Da aber die wirtschaftliche Hilfe allein nicht ausreichend wäre, geht Hand in Hand damit die erzieherische Beeinflussung. Für die Mütter werden Mütterstunden und Nähstuben durch das Mutterschutzwerk der Vaterländischen Front geführt, aber auch die heranwachsenden Mädchen werden im Kochen und in weiblichen Handarbeiten unterrichtet. Es ist selbstverständlich, dass die öffentliche Fürsorge diesen Familien so lange helfend zur Seite steht, bis die Familien wirtschaftlich saniert sind.

## Kampf um das keimende Leben.

Beim Wiederaufbau von Ehe und Familie spielt auch die Fürsorge für Mutter und Kind eine hervorragende Rolle. Von ganz besonderer Bedeutung und Tragweite dabei ist die enge Verbindung zwischen der Schwangerenfürsorge und der Tuberkulosenfürsorge. Da erfahrungsgemäss unter den gesundheitlichen Komplikationen der Schwangerschaft die Tuberkulose zahlenmässig am häufigsten zu einem ungünstigen Ausgang führt, vor allem durch Opferung des keimenden Lebens, kam es darauf an, Wege zu finden, die es ermöglichen, sowohl für die Gesundheit der Mutter, wie auch für die Erhaltung des keimenden Lebens Sorge zu tragen. Es wurden neue Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen Schwangerenfürsorge und Tuberkulosenfürsorge aufgestellt. Vor allem wurde eine erweiterte Fürsorge für tuberkulöse Schwangere geschaffen, um den tuberkulösen oder von der Tuberkulose gefährdeten Schwangeren weitgehend die Wohltat der geschlossenen Fürsorge zuteil werden zu lassen. Die Heilbehandlung, die die Stadt Wien gewährt, kann bis zur Niederkunft erstreckt werden. Uebersies kann nach der Niederkunft noch ein dreimonatiger Erholungsaufenthalt im Zentralkinderheim der Stadt Wien gewährt werden. Der weitere Ausbau dieser Einrichtungen ist in die Wege geleitet und eröffnet neue wichtige und besonders lohnende und dankbare Aufgaben für die Familienpolitik der Stadt Wien.

## Arbeitsbeschaffung im Dienst der Familienpolitik.

Von grosser sozialpolitischer Bedeutung sind die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienenden Massnahmen. Für Arbeitsbeschaffung ist im Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1938 wieder der Betrag von 50'6 Millionen Schilling eingesetzt; dazu kommen noch Investitionen und sonstige ausserordentliche Ausgaben von fast 5 Millionen Schilling und 38 Millionen Schilling für laufende, arbeitsschaffende Ausgaben, also zusammen 93'6 Millionen Schilling. Die Stadtverwaltung setzt alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen ein, um Arbeit zu schaffen. Alle Möglichkeiten der Einstellung Arbeitsloser werden ausgeschöpft. Beim Arbeitsnachweis sind Vorkehrungen getroffen, dass in erster Linie jene berücksichtigt werden, die schon lange arbeitslos sind, vor allem kinderreiche Familienväter. Diese werden auch aus den Familienasylen bei der Arbeitszuweisung bevorzugt. Um das schwierige Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu meistern, bedarf es aber nicht bloss des

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

guten Willens der Stadtverwaltung, sondern der Zusammenarbeit aller, der Gewerbetreibenden, der Produzenten, des Handels und schliesslich auch der Konsumenten.

## Jugend- und Armenfürsorge.

Bei der Besprechung der einzelnen Wohlfahrtszweige betont Obersenatsrat Dr. Maly die Wichtigkeit der Jugendfürsorge. Die Stadt Wien betreibt 100 Kindergärten und Kinderhorte sowie 14 Bezirksjugendämter, an die auch eine Erziehungsberatung angeschlossen ist, in der Eltern von Kindern, die besondere Erziehungsschwierigkeiten bieten, beraten werden. Die Pflegegelder und Pflegebeiträge weisen seit Jahren eine steigende Tendenz auf. Während im Jahre 1934 für 38.188 Kinder Pflegebeiträge geleistet wurden, stieg die Zahl der Kinder im heurigen Jahr auf 43.419. Der Vortragende hebt hervor, dass insbesondere bei der Jugendfürsorge die öffentliche Fürsorge mit der privaten Jugendfürsorge innig zusammenarbeitet.

In der offenen Armenfürsorge stehen die periodischen Unterstützungen (Erhaltungsbeiträge) an Personen, die weder für sich noch für ihre Familie den notdürftigsten Unterhalt zu erwerben vermögen, auch keine unterstützungspflichtigen Angehörigen haben, die aber mit einer entsprechenden Unterstützung sich noch ausserhalb einer Anstalt fortbringen können, an erster Stelle. Der Stand der im Bezuge von Erhaltungsbeiträgen stehenden Armen betrug gegenüber 47.633 im Jahre 1934 Ende Juni dieses Jahres 55.163. Die ständig steigende Tendenz erklärt sich vor allem aus der zunehmenden Ueberalterung der Bevölkerung sowie aus der Senkung des Familieneinkommens.

Ist eine offene Befürsorgung unmöglich oder **unzweckmässig**, so tritt die Anstaltsfürsorge (geschlossene Fürsorge) ein, die in eigenen oder fremden Anstalten erfolgt. Die **Fürsorgeanstalten** der Stadt Wien gehören zu dem stolzesten Besitz der Stadt, sie verbinden alte und bewährte Traditionen kommunaler Fürsorgetätigkeit mit einer allen neuzeitlichen Erfahrungen und Erfordernissen entsprechenden Organisation, Leistung und Ausstattung. Die städtischen Wohlfahrtsanstalten budgetieren einen Aufwand von 30,5 Millionen Schilling, der auf einem Normalbelag von zusammen 21.598 Betten aufgebaut ist.

## Reform der Obdachlosenfürsorge.

Bürgermeister Schmitz hat vor drei Jahren eine gründliche Reform der Obdachlosenfürsorge angekündigt. Nunmehr ist nach Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten das Reformprogramm durchgeführt. Die neue Stadtverwaltung hat eine Trennung der jugendlichen Personen bis zu achtzehn Jahren von den übrigen Obdachlosen **veranlasst**. Für die männlichen Jugendlichen sorgen die von der Stadt Wien geförderten Privatheime (Verein "Jugend ohne Heim", Theodorheim und Richardheim). Die Obdachlosen weiblichen Geschlechtes waren bisher in einem eigenen Gebäude, jedoch in unmittelbarer Nähe der Männerabteilung untergebracht. Aus begreiflichen Gründen war es wünschenswert, die obdachlosen Frauen und Mädchen in grösserer Entfernung von den obdachlosen Männern unterzubringen. Die weiblichen Personen werden jetzt in der Herberge für obdachlose Frauen, Mädchen und Müttern mit ihren Kindern untergebracht, während die Männer in die Herberge für obdachlose Männer gewiesen werden. Neu ist auch die Einrichtung eines Mütterheimes. Wenn eine Familie früher die Wohnung verlor, wurde sie getrennt. Der Vater kam in das Obdachlosenheim für Männer, die Mutter in das Obdachlosenheim für Frauen, die Kinder wurden an die Kinderübernahmestelle abgegeben. Heute kommt die

# RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

Mutter mit ihren Kindern in das Mütterheim, der Vater in das Dauerheim der Herberge für obdachlose Männer, wobei er aber abends und an Sonntagen seine Familie im Mütterheim besuchen kann. Diese Unterbringung der Familie dauert in der Regel solange, bis sie in einem Familienasyl untergebracht wird oder sonstwie eine ständige Wohnung erlangt.

## Beschäftigungsanstalt für Bettler.

In der Herberge für Obdachlose wurde im Herbst 1935 eine eigene Abteilung, die Beschäftigungsanstalt für Bettler geschaffen. Hierbei handelt es sich nicht um ein eigenes Bettlerlager, sondern um eine Sammel- und Sicherungsstelle für Personen, die beim Strassenbettel betroffen wurden. Arbeitsunfähige Bettler kommen in das Versorgungsheim der Stadt Wien, dagegen verbleiben arbeitsfähige Bettler in der Beschäftigungsanstalt, wo ihnen je nach ihrer Eignung verschiedene Arbeiten zusätzlicher Natur zugewiesen werden. Auf diese Weise können soziale Elemente an eine geregelte Tätigkeit gewöhnt und dem normalen Leben wiedergegeben werden.

Die Aufgaben der Fürsorge sind verantwortungsvoll und schwierig. Während in vielen anderen Städten das Wohlfahrtsbudget empfindliche Abstriche erfahren musste, die gerade im Hinblick auf die Not der Zeit doppelt schmerzlich wirken, ist es in Wien dank der weitschauenden Gemeindepolitik des Bürgermeisters gelungen, nicht nur das Wohlfahrtsbudget vor Abstrichen zu bewahren, sondern das Wohlfahrtswesen noch wesentlich auszubauen gerade dort, wo sich die Not gegenwärtig am empfindlichsten fühlbar macht. Das sind zweifellos die Gebiete der Arbeiter- und Familienfürsorge. Wenn es der Wiener städtischen Wohlfahrtspflege gelang, die Not bedeutender Teile der Bevölkerung zu lindern, ihren wirtschaftlichen und sittlichen Verfall zu hemmen, so wie Arbeit zu schaffen, so darf sie darin mit Recht ein wertvolles Stück Aufbauarbeit im Dienste der Gesamtheit erblicken. Sie wird auch fernerhin bemüht sein, die grossen Aufgaben der Gegenwart im Interesse aller Teile der Volksgemeinschaft im Geiste des neuen Oesterreich zu meistern. (Lobhafter Beifall.)

## Obersenatsrat Jirosch im Ruhestand.

Der in weiten Kreisen der Bevölkerung Wiens bekannte langjährige Vorstand des Präsidialbüros der Stadt Wien Obersenatsrat Robert Jirosch hat mit Rücksicht auf die Erreichung der Altersgrenze um seine Versetzung in den dauernden Ruhestand ersucht. Der Bürgermeister hat dem Ersuchen stattgegeben und somit verlässt einer der bekanntesten und beliebtesten Beamten des Rathauses seine Arbeitsstätte.

Im Jahre 1903 beim Wiener Magistrat eingetroten, war Obersenatsrat Jirosch seit 1908, also fast 30 Jahre hindurch im Präsidialbüro der Stadt Wien tätig. Seine angeborenen Geistesgaben, seine Liebenswürdigkeit und ein feines Taktgefühl haben ihm hier alsbald ein Arbeitsfeld geschaffen, das ihn in unmittelbare Verbindung mit den führenden Männern der Wiener Stadtverwaltung brachte und ihn auch an den grossen Bürgermeisterreisen der Vorkriegszeit nach Paris, London, Berlin und anderen Städten teilnehmen liess. Ungezählt sind die Feierlichkeiten und festlichen Anlässe des Wiener



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

Rathauses, deren Vorbereitung und Wohlgelingen der glücklichen Hand des erfahrenen Präsidialisten Jiresch zu danken sind, nicht zuletzt auch die Wiedererweckung des Balles der Stadt Wien, der wiederum zum Repräsentationsfest der Hauptstadt geworden ist.

Das verdienstvolle Wirken des Obersenatsrates Jiresch zeigt sich auch in den zahlreichen Auszeichnungen und Funktionen, die ihm im Verlauf seiner langjährigen Dienstzeit zuteil wurden. Bereits im Jahre 1916 mit dem Goldenen Verdienstkreuz mit der Krone, im Jahre 1917 mit dem Ehrenzeichen vom Roten Kreuz mit der Kriegsdekoration und im Jahre 1927 mit dem Komturkreuz des kgl. belg. Ordens Leopold III. ausgezeichnet, wurde Obersenatsrat Jiresch im Jahre 1934 zum Vorstand des Präsidialbüros der Stadt Wien ernannt und im Jahre 1936 durch Verleihung des Komturkreuzes des österreichischen Verdienstordens geehrt. Wenn nun Obersenatsrat Jiresch infolge Erreichung der Altersgrenze aus dem aktiven Dienst scheidet, so darf er dies in dem Bewusstsein tun, seiner Vaterstadt einer ihrer treuesten Diener, den ihm unterstellten Beamten aber ein vorbildlicher Chef gewesen zu sein.

-----

## Empfang der Radsportler im Rathaus.

Heute empfing im Rathaus in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Major a. D. Lahr die Teilnehmer an der Weltmeisterschaft im Zweier-Radball und an der Europameisterschaft im Einer-Kunstoffahren. Im Namen der Sportler dankte der Präsident des österreichischen Radfahrer-Bundes Schlesinger für die freundliche Begrüßung.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

300

Wien, am 27. November 1937

## Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft Donnerstag und Freitag zusammen. Tagesordnung: Rechnungsabschluss der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen Wirtschaftspläne für das Jahr 1936 und Voranschlag (Entwurf) der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938. Die Sitzungen beginnen jeweils um 17 Uhr.

-----

## Der Rechnungshof über die Gebarung der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen im Jahre 1936.

Wie alljährlich hat der Rechnungshof die im Vorjahre vollzogenen Gebarungen der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen überprüft. Ueber die Ergebnisse der Einschau hat der Präsident des Rechnungshofes einen Bericht an die Wiener Bürgerschaft verfasst, den Bürgermeister Richard Schmitz mit seinen Gegenäusserungen nunmehr der Oeffentlichkeit zugänglich macht.

Die Ueberprüfung wurde in den Monaten Juli bis September d. J. an Hand der Bücher, Belege und einschlägigen Geschäftsstücken an Ort und Stelle durchgeführt und erstreckte sich auf die ziffernmässige Richtigkeit und die Uebereinstimmung mit den geltenden Vorschriften sowie auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit der Gebarung.

Einleitend hebt der Bericht hervor, dass der Kreis der Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung nach achtjähriger Ueberprüfungstätigkeit sich naturgemäss einengen musste, weshalb der Bericht auch im Vergleich zu den Vorjahren einen wesentlich geringeren Umfang aufweist.

In sachlicher Hinsicht wird angeführt, dass in Bezug auf die Abstattung die wirksamen Einnahmen der Hoheitsverwaltung hinter den wirksamen Ausgaben um 181.172'72 Schilling zurückgeblieben sind; wenn die Kassenbestände gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1935 im Berichtsjahr dennoch eine Vermehrung um 319.414'83 Schilling erfahren haben, ist dies der günstigen Entwicklung der durchlaufenden Gebarung zu verdanken. Bezüglich des im Rechnungsabschluss ausgewiesenen gebühr-mässigen Gebarungsabganges von 489.693'39 Schilling hebt der Bericht hervor, dass diesem Defizit die neu-begebenen Schatzscheine mit einem Erlös von 15 Millionen Schilling zuzurechnen sind.

Zu Einzelheiten übergehend werden von der allgemeinen Verwaltung die Kosten des Schubdienstes und die Aufwendungen für den Lichtbilddienst der Feuerwehr besprochen, der, von Musealzwecken abgesehen, für die Ausbildung der Löschmannschaft von Bedeutung ist.

Bei der Gebarung des Finanzamtes wird festgestellt, dass die rückläufige Bewegung der Einnahmen ein Ende gefunden hat. Die Einnahmen überstiegen die des Jahres 1935 um rund 35'5 Millionen Schilling, wovon 10 Millionen Schilling auf Mehrabfuhr der städtischen Unternehmungen, 9'5 Millionen Schilling auf die Ertragsanteile und 14 Millionen Schilling auf die mit 1. Jänner 1936 eingeführte Hausgroschenabgabe entfallen. Die übrigen Abgaben der Stadt Wien weisen im allgemeinen nur unbedeutende Erhöhungen oder Rückgänge auf. Eine Steigerung hat auch die Ausgabenseite des Finanzamtes erfahren. Sie ist hauptsächlich auf eine höhere Tilgung von Schatzscheinen (17 Millionen Schilling gegenüber 9 Millionen S im Vorjahr) zurückzuführen. Die Einnahmerückstände für Abgaben und dergl. sind von 28'2 Millionen Schilling auf 23'9 Millionen Schilling gesunken. Wegen Uneinbringlichkeit wurden von den mit Ende 1935 aushaftenden Rückständen 1'3 Millionen Schilling abgeschrieben.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Bei Ueberprüfung einzelner Geschäftsfälle aus dem Bereich der Fürsorge-, Lustbarkeits- und Ankündigungsabgabe hebt der Rechnungshof hervor, dass trotz wiederholt unterlassener Vorlage von Abrechnungen oder bei wiederholt festgestellten Abrechnungsdifferenzen der Magistrat von Strafamtshandlungen abgesehen hat. Der Bericht betont aber hiezu, um allen Missverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich, dass der Rechnungshof keineswegs ganz allgemein einer Verschärfung der derzeit geltenden Strafbestimmungen das Wort reden will, sondern es nur für angezeigt hält, in Fällen wiederholter Versuche, die Abgabe zu kürzen, mit einer Bestrafung vorzugehen.

In einigen anderen Fällen wurden Versehen festgestellt, die, soweit es möglich war, der Bereinigung zugeführt wurden.

Bei der Besprechung der Gebarungen des Wohlfahrtsamtes hebt der Bericht die hohe Bedeutung hervor, die der rechtzeitigen und tunlichst vollständigen Hereinbringung der Verpflegskostensätze für die in städtischen und anderen Anstalten untergebrachten Personen zukommt. Die von der Stadt bereits durchgeführte Neuorganisation der Verpflegskostenstelle wird mit lebhaftem Interesse begrüsst.

Bezüglich des im Kapitel "Wohnungsamt" verrechneten Entgeltes für die seinerzeit gegebenen Siedlerdarlehen (Siedlerentgelt), das, von jeder Kapitalstilgung abgesehen, der Stadt nicht einmal eine angemessene Verzinsung sichert, wird zur Erwägung gestellt, eine entsprechende, der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse angemessene Erhöhung zu verfügen.

Die Bemerkungen zu den Jahresrechnungen der städtischen Unternehmungen leitet der Bericht mit der Feststellung ein, dass die Einschau deren ziffernmässige Richtigkeit und volle Uebereinstimmung mit den Haupt- und Nebenbüchern ergeben hat.

Das Gaswerken ist es gelungen, durch technische Massnahmen sowie durch einen günstigen Kohlenabschluss die Betriebskosten zu senken, so dass der Ueberschuss dieses Unternehmens trotz einer mit 1. Juli des Berichtsjahres eingetretenen teilweisen Preisermässigung den Vorjahrgewinn fast erreichte. Der Erfolg bestätigt neuerlich die Beobachtung grösster Wirtschaftlichkeit. Eine stichprobenweise Einschau in die Materialgebarung vermittelte den Eindruck einer gewissenhaften Gebarung mit den Vorräten. Die wirtschaftliche Lage der Werke ist nach wie vor günstig.

Auch bezüglich der Elektrizitätswerke stellt der Bericht eine sachgemässe Betriebsführung fest. Die Kosten für Betrieb und Strombezug sind trotz erhöhter Erzeugung unverändert geblieben, die Betriebserfolge bessern sich stetig. Eine stichprobenweise Einschau in die Materialgebarung hatte ein durchaus befriedigendes Ergebnis. Den Rücklagen konnten noch höhere Beträge als im Vorjahr zugeführt werden, der Verlustvortrag wurde abermals verringert.

Eingehend wird die finanzielle Lage der städtischen Strassenbahnen besprochen. Sie hat sich trotz der wiederholt anerkannten wirtschaftlichen Betriebsführung im Berichtsjahre weiterhin verschlechtert.

Bei Besprechung der Gebarung des Brauhauses, in welcher der fortgesetzte Rückgang des Bierverbrauches zum Ausdruck kommt, hebt der Bericht hervor, dass sich die Eigenerzeugung des Malzes als rentabel erwiesen hat.

Die Entwicklung der städtischen Leichenbestattung wird als günstig bezeichnet. Die verlustbringenden Leistungen auf Grund der Erfüllung der vor der Inflation abgeschlossenen Bestattungs- und anderen Versicherungen sind allerdings im Steigen begriffen. Dagegen bildet der eigene Sargerzeu-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

gungsbetrieb mit seinen sehr erfreulichen, auf die besonders zweckmässige Organisation zurückzuführenden Erfolgen eine wesentliche Stütze des Unternehmens; die Aufrechterhaltung der Sargerzeugung in allen ihren Teilen ist durchaus begründet.

Vermögens- und Betriebsrechnung der städtischen Ankundigungsunternehmung sind trotz des Geschäftsrückganges befriedigend gewesen. Einige verlustbringende Zeitschriften des Unternehmens wurden mit Jahresschluss eingestellt.

-----

## Die Stellungen des Jahrganges 1917.

Zur Vorbereitung der Stellungen des Jahrganges 1917 liegen in der Zeit vom 1. Dezember bis einschliesslich 13. Dezember an Werktagen von 8 Uhr bis 18 Uhr in der Volkshalle des Neuen Rathauses, Eingang Rathausplatz, die Jahrgangsregister und die Stammbblätter der im Jahre 1917 geborenen, in Wien wohnhaften Bundesbürger männlichen Geschlechtes zu deren freier Einsicht auf.

Im Interesse einer möglichst raschen Parteienabfertigung wird die Einsicht nach dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens des Stellungspflichtigen wie folgt geregelt: A bis einschliesslich D Mittwoch, den 1. Dezember, E bis einschliesslich G Donnerstag, den 2. Dezember, H bis einschliesslich J Freitag, den 3. Dezember, K Samstag, den 4. Dezember, L bis einschliesslich N Montag, den 6. Dezember, O bis einschliesslich R Dienstag, den 7. Dezember, S Donnerstag, den 9. Dezember, und T bis einschliesslich Z Freitag, den 10. Dezember.

Stellungspflichtigen, die aus wichtigen Gründen verhindert sind, an dem für sie bestimmten Tage zu erscheinen, wird die Einsicht Samstag, den 11., oder Montag, den 13. Dezember, freigestellt.

Die Einsicht wird grundsätzlich nur dem Stellungspflichtigen selbst gewährt. Für Personen, die wegen Krankheit, wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen oder wegen Abwesenheit nicht erscheinen können, wird die Einsicht dem gesetzlichen Vertreter oder dem Bevollmächtigten, der sich als solcher gehörig ausweist, zugestanden.

Mitzubringen sind alle verfügbaren Personenstandsunterlagen des Stellungspflichtigen, insbesondere die Erkennungskarte, der Geburts-(Tauf-)schein, der Heimatschein, sowie der Meldzettel, eventuell auch der Nachweis über die Dienstleistung in der bewaffneten Macht, bei der Bundespolizei, Bundesgendarmerie, Zoll-, Finanz- oder Justizwache.

Auf die bei der Einsicht wahrgenommenen Unstimmigkeiten ist sofort aufmerksam zu machen.

Allen Betroffenen wird im eigenen Interesse dringendst empfohlen, in die Verzeichnisse Einsicht zu nehmen, um sich die Gewissheit zu verschaffen, dass sie darin eingetragen sind, oder falls sie aus irgend einem Grunde in den Verzeichnissen nicht enthalten sein sollten, die eheste Nachtragung zu ermöglichen.

Die Stellung selbst findet in einem späteren Zeitpunkt statt, worüber seinerzeit eine Verlautbarung erfolgen wird.

Ueber Begünstigungen in der Erfüllung der Bundesdienstpflicht, insbesondere Aufschub des Präsenzdienstes und Bewilligung einer verkürzten regelmässigen Präsenzdienstzeit, ist auf den an den Amtstafeln der Bezirkshauptmannschaften, Bezirksvertretungen und der Bundes-Polizeibehörde (Bezirks-Polizeikommissariate, Wachtube) angeschlagenen Verlautbarungen näheres zu ersehen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am 27. November 1937

## Hoher Besuch im Floridsdorfer Heimatmuseum.

Wie der Verein zur Gründung und Erhaltung eines Heimatmuseums im 21. Bezirk mitteilt, zeichnete Bundespräsident Miklas im Anschluss an die Jahrhundertfeier der österreichischen Bundesbahnen das Floridsdorfer Heimatmuseum mit seinem Besuche aus. Nach Begrüssung durch den leitenden Ausschuss besichtigte der Bundespräsident in Begleitung des Kabinettsdirektors Dr. Huber zunächst die Sonderschau "100 Jahre Nordbahn", hierauf die im Museum untergebrachten prähistorischen-, geologischen-, historischen- und volkswissenschaftlichen Sammlungen. Zugleich mit dem Bundespräsidenten erschienen Präsident Minister a. D. Stockinger, Generaldirektor Schöpfer und Generalsekretär Hofrat Dr. Krogner, Vertreter der ausländischen Bahnen und viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Wissenschaft.

-----

## Die Konferenz für Europäische Geographie und Geschichte.

Aus Anlass der Ersten Konferenz für Europäische Geographie und Geschichte veranstaltete heute mittag die Stadt Wien auf dem Kahlenberg einen Empfang, bei dem in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Major a. D. Lahr die Tagungsteilnehmer begrüßte.

-----

## Warum liegt Wien nicht an der Donau ?

Der heutige Vortrag des Vizebürgermeisters Major a. D. Lahr in der Wiener Urania über obiges Thema liegt dieser Ausgabe für die Redaktionen auszugsweise bei.

-----

## Zwei neue städtische Wohnhäuser.

Die Hochbautätigkeit der Stadt Wien schreitet rüstig vorwärts. Heute wurde wiederum die Hauptgleichenfier bei zwei städtischen Wohnbauten, die mit Hilfe des Kleinwohnungsbauförderungsgesetzes aufgeführt werden, gefeiert. Der eine Bau befindet sich im 2. Bezirk in der Wehlstrasse, ist drei Stockwerke hoch und hat zwei Stiegenanlagen, die zu 58 Wohnungen führen. Der zweite Bau wird im 5. Bezirk in der Gassergasse-Kliebergasse aufgeführt, ist vier Stockwerke hoch und wird an drei Stiegenhäusern 59 Wohnungen enthalten.

In Vertretung des Bürgermeisters betonte Vizebürgermeister Waldsam die Wichtigkeit der städtischen Hochbautätigkeit für die gesamte Arbeitsbeschaffung. Die Baumeister Ing. Grimm und Ing. Pohl, die Bauarbeiter Seidl und Härtling sowie die Bezirksvorsteher Pink und Hofrat Jakob dankten sodann der Stadtverwaltung dafür, dass sie alle Mittel für eine grosszügige Arbeitsbeschaffung ausschöpfe. Zu den Gleichenfieren waren Obersenatsrat David, Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil mit den leitenden Beamten des Bauamtes, in Vertretung des Sozialministeriums Ministerialrat Dr. Zimmer, Vertreter der V.F. und viele andere erschienen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 301  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 30. November 1937.

## Der Oberbürgermeister von Riga in Wien.

In der Vorwoche ist der Oberbürgermeister von Riga Minister und Gesandter a. D. Robert Lielpins zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Wien eingetroffen. Nach einem Empfang bei Bürgermeister Richard Schmitz besichtigte er in Begleitung des lettischen Geschäftsträgers in Wien Filholds und unter Führung des Senatsrates Dr. Asperger vom Präsidialbüro der Stadt Wien die neueren Verkehrsanlagen und städtischen Bauten, darunter das Familienasyl St. Richard und die Wohnsiedlung Hasenleiten, ferner eine Reihe von Wohlfahrtsanstalten, insbesondere auf dem Gebiete der Kinderfürsorge, und die Einrichtungen der Müllabfuhr. Besonders starken Eindruck hinterliessen die Fahrt über die neue Höhenstrasse auf den Kahlenberg und Leopoldsborg sowie der Besuch des Riesen-Wasserspeichers in Lainz.

## Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und die Bundesregierung im Lainzer Wasserschloss.

Das hervorragende und in der Welt einzig dastehende Werk moderner Wasserbaukunst, der neue Riesenwasserspeicher im Lainzer Tiergarten, findet überall das grösste Interesse. Nachdem kürzlich der Bundespräsident das Riesenwerk der neuen Wiener Stadtverwaltung in Augenschein genommen hatte, folgten heute der Einladung des Bürgermeisters Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und mit Ausnahme des Vizekanzlers Hülgerth und des in London weilenden Finanzministers Dr. Neumayer sämtliche Mitglieder der Bundesregierung sowie Bundeskommissär Dr. Fleisch. Zu ihrer Begrüssung hatten sich Bürgermeister Schmitz, Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil, Senatsrat Ing. Machek, Oberbaurat Dr. Ing. Tillmann und die mit der Bauaufsicht beauftragten städtischen Beamten, ferner der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich Gautsch, Bezirkshauptmann Dr. Cischini und der Bürgermeister von Mauer Ing. Lauggas eingefunden. Nach dem Lichtbildervortrag unternahmen die Regierungsmitglieder unter Führung des Bürgermeisters und der Bauleitungsorgane einen Rundgang durch die Bauanlagen. Nach Beendigung der Besichtigung beglückwünschten der Bundeskanzler, <sup>die</sup> Bundesminister und Staatssekretäre den Bürgermeister zu dieser Grosstat der Technik und der Arbeitsbeschaffung.

\*

Der Zustrom der Wiener Bevölkerung zur Besichtigung des Riesenwasserspeichers im Lainzer Tiergarten ist in ständigem Ansteigen begriffen. Waren es in der ersten Woche nach Freigabe der Besichtigung rund 36.000 Besucher, die sich im Lainzer Wasserschloss eingefunden hatten, so sind es nach den letzten Ausweisen mehr als 40.000 Wiener, die allwöchentlich ihr Interesse für dieses grandiose Bauwerk bekunden. Die Gesamtzahl der Besucher beträgt bisher nahezu 300.000 Personen. Die Besichtigung des Lainzer Wasserspeichers, die bisher ohne jeden Unfall verlaufen ist, ist auch zu einem beliebten Programmpunkt von Reisegesellschaften, Vereinen und sonstigen, fachlich interessierten Gruppen des In- und Auslandes geworden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 302

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 30. November 1937.

---

## 986 städtische Arbeitsjubilare.

Heute feierten 986 Kollektivistinnen und Arbeiter der städtischen Unternehmungen im Festsaal des Rathauses ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Dazu waren die Vizebürgermeister Lahr, Dr. Kresse und Waldsam, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanner, Obersenatsrat Dr. Hornek, Stadtbau- direktor Dr. Ing. Musil, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, Vertreter der Dienststellenorganisation der V.F., der Kameradschaft der städtischen Angestellten und Bediensteten sowie die Familienangehörigen der Jubilare erschienen.

Bürgermeister Richard Schmitz richtete an die Jubilare eine herzliche Ansprache, in der er unter anderem sagte: "Das Wort "Dienst" hat in unserer Sprache und in Oesterreich noch mehr als in anderen deutschen Sprachgebieten einen besonderen Klang, weil es die Arbeit hebt und adelt, die es bezeichnet. Ist dieser Dienst ein öffentlicher, so heisst dies sich mit ganzer Kraft der Arbeit am Gemeinwohl und für das Gemeinwohl hingeben, dem Volk, dem Vaterland, der engeren Heimat dienen! Wenn heute nahezu tausend Männer ihr 25jähriges Dienstjubiläum feiern, so ist dies nicht nur für sie selbst, sondern auch für die Gesamtheit von grosser und erhebender Bedeutung, weil die grosse Zahl der Jubilare der beste Beweis für die Pflichttreue und Hingebung der Wiener städtischen Arbeiter und Angestellten ist."

Die Jubilare nahmen nach der Rede des Bürgermeisters Gedenk- münze und Diplom in Empfang, worauf Strassenbahnschaffner Josef Somler für die schöne Ehrung dankte.

Die Feier wurde mit Chorvorträgen und Musikdarbietungen des Män- nergesangsvereines und der Musikkapelle der städtischen Strassenbahnen umrahmt.

-----